

Wohlstand eng verbunden ist, eine Verminderung gewisser direkter Steuern zu erwagen sei wird, besonders bestimmt, die auf Handel und Industrie fallen. Und trotzdem die ungebührliche Haltung der deutschen Reichstagsabgeordneten noch nicht genügend belastet ist, trotzdem die Forderung der Erfassung der Goldwerte trocken die furchtbare Verblendung, den jetzt der Augenblick gekommen sei, durch sozialstaatliche Steuern oder durch Sozialsteuern die Produktionsmittel dem Privatbesitz zu entziehen und sie dem Markt der Güter auf dem Preismarkt darzubringen. Das kann das deutsche Volk, das denn die deutsche Arbeiterschaft einen Sinn mehr hat, das dadurch nur das Werk der Entente fordert? Es fehlt nicht an warnenden Stimmen aus dem sozialistischen Lager, die auf die ungebührliche Haltung dieser sozialistischen Forderungen hinweisen. Es sei hier nur eine Warnung Dr. Parushelphands in der sozialistischen Wochenzeitung "Die Woche" erwähnt, der als Folge der sozialistischen Erfassung der Sachwerte den Verlust der deutschen Industrie auf Abdruck gezeichnet. Aber die sozialistischen Parteiführer wollen nicht hören. Sie laufen weiter Sturm gegen die deutsche Volkswirtschaft, und die sozialistische fachliche Reaktion will das deutsche Volk dadurch allen Gewalten zum Trost erhalten, was sie dem Kampf gegen die Industriezeit leisten. Die Erfassung der Goldwerte wäre der sicherste Weg, die deutschen Produktionsmittel dem transatlantischen Vertragsschächer, als den sich England so gern bezeichnet, zu baldigem Zugriff auszuliefern.

Raum weniger wirkungsvoll wäre es für die Entente, wenn man die Kreditkasse in die vom Reichswirtschaftsrat vorgeschlagene Zwangslage des Abwesenden von Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft einzuführen wollte. Bei unserem positiven Handelsbilanz und dem großen Bedarf ausländischer Zahlungsmittel zum Einkauf von Rohstoffen und Lebensmitteln, müssen diese Organisationen in die gewaltigen Schwierigkeiten kommen, wenn die Rückzahlungsfristen nahezu, neben denen die laufenden Reparationsraten weiter bezahlt werden sollen. Der unmittelbare privatrechtliche Angriff der ausländischen Gläubiger muss die Folge der unschwer voraussehbenden Zahlungsunfähigkeit sein. Wenn nun einmal der deutsche Privatbesitz zur Erfassung der nächsten Reparationsraten veranlagt werden soll, eine Gefahr, die kaum noch zu vermeiden ist, da Herr Dr. Dreyfus und mit ihm die Reparationskommission natürlich mit tausend Freuden den Fall aufgestanden haben, der ihnen von Regierung und Mehrheitsparteien zugeworfen wurde und überzeuglich die Herabsetzung des Kredits zur Reparation fordert, so kann es doch kein Zweck sein, dass man die Sache wohlt, die für die deutsche Volkswirtschaft die am weitesten schädlichen Folgen hat, bringt. Das ist der völlig freizügig durch Variante des Reiches geführte private Kredit der Industrie. Und diesem Kredit die Wette zu ebnen, sollte sich Herr Wirth eigentlich nicht nur mit Wörtern angelegen sein lassen, sondern er sollte die Kreditkasse auch dann in jeder Weise unternehmen, wenn der unabdingt zu fordende Rückhalt der Industrie bei jedem Kreditnehmer ein geordnetes jüngeres Finanzierungs-, ihm vorrechte, schwierigkeiten bereitet. Nur mit der Ausicht auf eine Neuordnung der finanziellen deutschen Staatsnotwendigkeit kann die Industrie im Ausland Kredit erhalten, und es wäre dringend zu hoffen, dass Herr Wirth mit seiner Begründung, eine gloria Ablehnung des Industriekredites anzutreten, auch die positive Absicht verband, zusammen mit der Industrie die Wege zu finden, wie das Reich nicht nur die Verkehrsinfrastruktur renabel gestalten, sondern überhaupt aus seiner finanziellen Wirtschaft herauftreten kann. Ein Industriekredit kann selbstverständlich wie auch tragende Erfassung der Goldwerte nur eine von vorübergehender Hilfe, eine temporäre Rettung sein. Diese Rettung muss aber unbedingt dazu ausgenutzt werden, nicht nur die Sanierung der Reichskontinzenzen mit allen Mitteln zu betreiben, um der Reparationskommission den jetzt mit einem gewissen Recht erworbene Vorwurf zu nehmen, dass das Reich noch nie einmal die Steuern von 1920 eingezogen habe, das also die gute Willke zur Erfassungsmöglichkeiten ausgenutzt, kleinowig erscheint. Vielmehr müssen Reaktion und Parteien eine Wahrung des Rechten "Rund" beobachten, dass hier nicht der Kampf zwischen deutschem Kapital und deutscher Arbeit in Frage kommt, sondern die Auseinandersetzung der deutschen Volkswirtschaft mit den "Münzveräußerern". Dieser Kampf muss kommen, und nur wenn er ein reichliches Volk findet, das die Überarbeitung der Entente einhellig zurückweist, kann das Moratorium oder eine Erreichung der Zahlungsbedingungen Wirklichkeit werden. Nicht als Ausdruck einer vagen Hoffnung, dass es nicht so schlimm kommen werde, kann das von Herrn Held zitierte Goethezitat abgedruckt werden, sondern um dem deutschen Volke das Vermögen einzuhämmern, dass es für jede Unterdrückung, für jede Machtstellung etwas noch so ehrlichen Erfüllungswillens eine Grenze hat, wenn sich das deutsche Volk Goethes Kraftbewusstsein zu eigen macht: Allen Gewalten zum Trost sich erhalten, fraktur ich zeitgen, immer sich beugen, rufet die Arme der Hörer herbei.

Neue Gegensätze zwischen Bayern und dem Reich.

München, 28. Nov. Der Haushaltsausschuss des bayerischen Landtages erörterte heute den Bericht des Untersuchungsausschusses des Reichstages, demnach eine Beleidigung der bayerischen Festungsstrafanstalt Niederschönfeld vorauszunehmen. Abg. Held erklärte, dabei werde der Versuch gemacht, in ein Gebiet einzubrechen, das bisher vom Reich nicht in Anspruch genommen worden sei. Das Vorhaben des Reichsausschusses sei um so bedauerlicher, als man wissen möchte, dass die bayerische Volksvertretung nicht weiteres sich ein destruktives Vorgehen gefallen lassen könnte. Ministerpräsident Graf Verchenfeld teilte mit, dass der Reichsjustizminister dem bayerischen Gesandten gegenüber erklärt habe, er sei durch den Bericht des Untersuchungsausschusses überrascht worden. Graf Verchenfeld fuhr fort: Im Vollzug seines Beschlusses werde voraussichtlich der Untersuchungsausschuss an das Reichsjustizministerium herangetreten, damit ihm der Zugang zu den Gefangenenzahlungen Niederschönfeld ermöglicht werde. Zu diesem Zwecke werde das Reichsjustizministerium an die bayerische Regierung veranlassen. Bis dahin müsse die bayerische Regierung sich ihre Stellungnahme zu den aufgerollten Straftaten vorbehalten. Sollte in dieser Richtung eine Einigung über Meinungsverschiedenheiten zwischen der bayerischen und der Reichsregierung nicht zu erzielen sein, so würde darüber der Staatsgerichtshof zu entscheiden haben. Solange hätte auf alle Fälle jede Untersuchungstäfel des Ausschusses in Bayern zu unterbleiben. In politischer Beziehung sei der Beschluss des Untersuchungsausschusses auf das schwerste zu bedauern. Er müsse von neuem eine tiefgehende Beunruhigung in Bayern herauftreten, und zwar um so mehr, als die Bevölkerung nicht von der Hand zu weisen sei, dass er den gegenwärtigen Wählerkreis linksradikaler Parteien im ganzen Reich bestimmt habe. Der bayerische Gesandte in Berlin sei angewiesen worden, sowohl den Reichskanzler wie den Reichsjustizminister im Auftrag der bayerischen Regierung vor einer Ausdehnung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses auf Bayern dringend zu warnen.

Die Obstruktion der Linken im preußischen Landtag.

Berlin, 28. Nov. Im preußischen Landtage legten die Kommunisten im Verein mit Unabhängigen ihre larmende Obstruktion gegen die Beratung bestimmter Weißgerberordnungen fort. Am meisten umstritten war der Paragraph, der dem Präsidium das Recht gab, rentante Abgeordnete von den Sitzungen auszuschließen. Gegen diesen Paragraphen ließen die Kommunisten mit Trillerpfeifen Sturm und begleiteten die Aussführungen sozialdemokratischer Redners mit kürmischen Unterbrechungen, Brüderchenrufen und Pfeifergetränen.

Ausschussberatungen über Sachwerte und Zölle. Helfferich gegen Staatsengriffe in das Privateigentum.

Eröffnung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 28. Nov. Am Reichstagsausschuss für Steuergesetzgebung begründete Dr. Helfferich (Soz.) eingehend die Forderung nach Erfassung der Sachwerte. Die Erfassung könnte nebstens durch Beteiligung des Reiches an den Einnahmen der industriellen Unternehmungen, die in Anteilscheinern übergehen werden müsste. — Abg. Dauwitz (D. P.) wandte sich gegen die Steueroption, die einer Konföderation gleichkomme und das Ausland abschrecke, Kapital ins Land zu bringen und der Privatwirtschaft Kredit zu gewähren. Das Solvatzproblem ist bei ungünstiger Wirtschaft und passiver Handelsbilanz nicht zu lösen. Als sicher Wertmesser sei auf die Dauer nur der Goldwert aus für die Steuerberechnung zugrunde zu legen. Die Bekämpfung des Untermenschen sei bei Aufrüttelung des Goldwertes in Deutschland unvergleichlich höher als in England. Die Beteiligung des Reiches an den Sachwerten ohne Risiko würde jede Kapitalbildung unmöglich und uns vom ausländischen Kapital abhängig machen. Eine Verminderung der Substanz sei Goldkennwert, auch der Kredit würde auf diese Weise untergraben. Der Redner verwies auf frühere Erfahrungen valutaarmer Staaten, die waren sollten.

Dr. Helfferich wandte sich gegen die Ausführungen des Reichskanzlers in der gestrigen Sitzung. Der Kanzler habe gezeigt, dass die Unzufriedenheit des Ultimatums am 16. Januar nicht mehr besteht, wenn nicht eine befriedigende Hilfe bringt. Von einer solchen sei aber bei Annahme des Ultimatums noch nicht die Rede gewesen. Redner warnte vor dem Eingriff in das Privateigentum. Welches Bauverbot habe der Reichskanzler um die Erfassung des Goldwertes ohne Risiko?

Die Dividenden der Aktiengesellschaften betrügen

an Goldwert knapp 1 Prozent.

Dr. Helfferich fuhr weiter aus, dass die indirekten Steuern in Abrede der Goldwertsanierung, insofern sie nach Wertsteuern seien, steuerermäßigend wirken, während die Einkommensteuer mit der Entwicklung ihres Progressionssteuers. Nachstehende Tabelle zeigt die Hand von Tabellen den Bereich, dass unsere Einkommensteuer bei innerer Rüstung oder volkswirtschaftlicher Politik bedeutend höher sei, als in England, Amerika und Frankreich. Die Besteuerung des Einkommens sei unvergleichlich höher in Deutschland als in irgend einem Lande der Welt. Hierbei sei noch abzusehen von allen Zusatzen. Die Mark habe aufgeworfen, ein sicherer Wertmesser zu sein. Von diesem Gesichtspunkte aus müsse die Kritik des Vermögenssteuergegenwurzes verharrt werden. Das Ergebnis von der Erfassung der Goldwerte müsse verhindert werden.

Die Erfassung der Sachwerte, wie man sie auch vornehmen möge, sei ein Eingriff in die Zukunft.

Angesichts der alten Täffelung der Vermögenssteuer nach dem früheren Goldstand muss man sehr prüfen, ob man nicht eine neue Staffelung vornehmen müsse. Man darf hingegen auch nicht alljährlich den ausfallenden Stand des Vermögens feststellen, sondern höchstens aller drei Jahre an einer Ermittlung des Vermögens schreiten. Die Erfassung der Sachwerte, wie sie am leichtesten möglich sei, nämlich bei industriellen Aktiengesellschaften, kann uns der Entente jedenfalls nur eine Kompromiss von einem halben Jahr sicher. Deshalb müssten die Deutschen nationalen und Umwandlung von Privat-gegenum in Reichsgegenum ablehnen.

Velder habe man auch keine Übersicht, wie hoch bereits seitens der Väter und seitens der Gemeinden Grunde und Boden, ferner Gewerbe, Handel und Industrie im vorabgesehenen Goldstand müssse man jetzt prüfen, ob man nicht eine neue Staffelung vornehmen müsse. Man darf hingegen auch nicht alljährlich den ausfallenden Stand des Vermögens feststellen, sondern höchstens aller drei Jahre an einer Ermittlung des Vermögens schreiten. Die Erfassung der Sachwerte, wie sie am leichtesten möglich sei, nämlich bei industriellen Aktiengesellschaften, kann uns der Entente jedenfalls nur eine Kompromiss von einem halben Jahr sicher. Deshalb müssten die Deutschen nationalen und Umwandlung von Privat-gegenum in Reichsgegenum ablehnen.

Velder habe man auch keine Übersicht, wie hoch bereits seitens der Väter und seitens der Gemeinden Grunde und Boden, ferner Gewerbe, Handel und Industrie im vorabgesehenen Goldstand müssse man jetzt prüfen, ob man nicht eine neue Staffelung vornehmen müsse. Man darf hingegen auch nicht alljährlich den ausfallenden Stand des Vermögens feststellen, sondern höchstens aller drei Jahre an einer Ermittlung des Vermögens schreiten. Die Erfassung der Sachwerte, wie sie am leichtesten möglich sei, nämlich bei industriellen Aktiengesellschaften, kann uns der Entente jedenfalls nur eine Kompromiss von einem halben Jahr sicher. Deshalb müssten die Deutschen nationalen und Umwandlung von Privat-gegenum in Reichsgegenum ablehnen.

Abg. Dauwitz (D. P.) warnte vor zu starker steuerlicher Belastung, sofern sie wirtschaftlich nicht tragbar sei, und polemisierte gegen den raschen Wandel in den Grundlagen der

Besteuerung, der den Steuerapparat noch leistungsfähiger mache. — Abg. Dr. Henn (Unabh.) meinte es nicht für außergewöhnlich, dass die Befreiungen auf äußere angepasst seien. Redner betonte bezüglich der Ausführungen des Abg. Helfferich, dass die Dividende ein Wohlstand des Eigentümers eines Unternehmens sei. Nur dem Wohlstand des Eigentümers würden die Gewinne der Aktiengesellschaften ausgeschüttet. Hier müsste die steuerliche Erfassung eingesenken. — Abg. Schulz (D. P. P.) führte aus, dass Befreiungen, wie sie in der Erfassung der Sachwerte vorliegen, nicht als Steuer gelten könnten, sondern eigentlich Konkurrenz sein. — Abg. Reinhard (Dem.): Zu der Erfassung der Sachwerte können wir bei Vorlage genaueren Unterlagen Stellung genommen werden. Sicherlich werde die Hoffnung der Anhänger der Erfassung auf eine Stabilisierung der Mark infolge der Erfassung nicht in Erfüllung gehen. Auch der Abg. Ledebur habe angegeben müssen, dass die bei der Erfassung der Sachwerte an bestehende Nebentreibung den deutschen Arbeiter in eine unerwünschte Abhängigkeit vom Ausland bringe. Dem Gedanken der Vermögenssteuer als solcher scheine seine Aktion nicht ungünstig gegenüber. Es müsse ein objektiver Vermögenswert gefunden werden, der mit dem richtig verhandelten gemeinen Wert gleichbedeutend sei. Nach den Ausführungen zweier weiterer Redner vertrat der Ausschuss die Beratungen auf morgen.

Die hünftigen Zollerhöhungen.

Eröffnung unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 28. Nov. Am Reichstagsausschuss für Bebauungssteuern, Zölle usw. wurde heute der Gesetzentwurf über Erhöhung von Zöllen behandelt. Der Beitrag der Zölle belief sich im Rechnungsjahr 1918 auf rund 700 Millionen Mark, 1920 dagegen ohne Berücksichtigung des Goldzollauftretedes auf nur 300 Millionen Mark, wobei besonders der Ausfall bei Kriegsbeginn aufgeschobenen Betriebsabfälle ins Gewicht fällt, die vor dem Kriege 81 Prozent getilgt seien. Die Einnahmen aus dem Zollleinschlag ausmachen. Die Einnahmen durch Zollneinzahlungen ausweichen, wenn nicht in den ersten Monaten des abgelaufenen Rechnungsjahrs an der besseren Weitwirksamkeit die Durchführung der Zollabfälle geändert worden wäre, so dass erhebliche Mengen von Importwaren bereitgestanden könnten. Eine Erhöhung der Zölle auf Wein und auf Weintrauben besonders ertragreiche Früchte sei nach dem Friedensvertrag, wie regelwidrigste ausgeführt wurde, ebenso ausgeschlossen, wie es die Wiedereinführung der Getreidezölle sein werde. Von den eigentlichen Finanzzöllen führen danach für eine Erhöhung in der Hauptstadt die anlegte 1918 erhöhte Zölle auf Kaffee und Tee und die 1918 nicht erhöhte Kakaopulpe in Betracht. Die Erhöhung würde in dem Maße besonders ertragreiche Früchte ausgewirkt werden, ebenso ausgeschlossen, wie es die Wiedereinführung der Getreidezölle sein werde. — Abg. Schulz (Cent.) wandte sich dagegen, dass Tee, Kaffee und Kakaopulpe mit Zöllen belegt würden, dass ihre Einführung ganz unbillig wäre. Ein Zoll auf gebrannten Kaffee von 100 Mt. auf Tee von 140 Mt. und auf Kakaopulpe von 80 Mt. für das Kakaoprogramm würde die Einführung aufschrecken, und damit würde die Vorlage nicht eine erhöhte, sondern eine vermindernde Einnahme aus Zöllen haben.

Zur Erhöhung der Zölle bei Tee, Kaffee und Kakaopulpe wurde der Leiterungsziel vorne geblieben, bei Kakaopulpe eine Herauslösung des geltenden Zabes von 180 auf 200 Mt. vorzunehmen und bei Tee von 220 auf 300 Mt. Bei der entsprechenden Staffelung empfahl die Regierung eine Verkürzung des Arbeitertarifes für die inländische Möbelindustrie mittels einer Steigerung des Zollabflasses von 175 auf 300 Mt. Der Zoll auf rohe Kakaopulpen könnte nach Ansicht der Regierung verdoppelt werden. Bei den Kaffeesorten des Gesetzentwurfs könne vorläufig für Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von zusammen 16,5 Millionen Goldmark gerechnet werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent des Kriegsverbrauchs in Anfang gebracht werden sollen. Geaen eine sofortige Erhöhung dieser Zölle würden die Kaffee, Tee, Kakaopulpe und Süßfrüchte mit einem Mehrzolltarif von 16,5 Millionen Goldmark verdeckelt werden. Am Beharrungsauflage werde die Mehrerträge auf 75 Millionen Goldmark veranschlagt, wobei für Kaffee 50 Prozent, für Tee 75 Prozent, für Kakaopulpe 100 Prozent, für Süßfrüchte und Gewürze 40 Prozent

Höls verlangt Beurlaubung.

Berlin, 22. Nov. Der Hungerkreis der verurteilten Teilnehmer an der Märzaktion hat auch Max Höls wieder auf den Plan gerufen. Schon vor zwei Wochen hatte ihn ein Brief mit Genehmigung des preußischen Justizministers bestellt und erklärt, daß Max Höls frisch und nicht hastfähig sei. Am Sonnabend und Sonntag fanden Konferenzen im Buchhaus zu Münster zwischen dem Justizminister Höls, Justizrat Brok, einem Vertreter des Justizministers, sowie dem Anhaltdirektor und dem Anhaltsrat statt. Der letztere erklärte Höls für frisch und schwer nervenleidend. Nach Angabe dieses Berichters ist Höls so schwach, daß er höchstens hinsitzt und sich dabei anzüglich Verlebungen auszogen hat. Vor allen Flage er über Mangel an Ruhe. Es wurden Vierfachen auf dem Hofe des Cafés angeregt. Höls sowie sein Berichter bestanden jedoch auf Beurlaubung in ein Sanatorium, da Höls in seinem jetzigen Zustande weder eine Gelegenheit bilden, noch scheinen könne, anderseits im Buchhaus zu gründe gebe.

Das Ende der Berliner Ausschreitungen?

Berlin, 22. Nov. Die bisherigen Maßnahmen der Regierung gegen die kommunistischen Unruhen haben die Lust zu Plünderungen von Geschäftshäusern stark gemindert. Wenigstens sind der Polizei bis heute nachmittags Vorkommnisse dieser Art nicht wieder zur Kenntnis gelangt. Die Regierung, die den kommunistischen Agitation nun wie vorher voll Aufmerksamkeit widmet, glaubt, daß die bisherigen Maßregeln ausreichen werden, grohe Ausschreitungen zu verhindern. Das Reichskabinett darf sich heute mit den Vorfällen befassen, die auf eine Hilfeleistung für die notleidenden Bevölkerungskreise abzielten. Unter diesen Vorfällen befindet sich auch der Rücksichtswert auf lebensnotwendige Bedarfsmittel aufzustellen.

Ablehnung des Generalstreiks in Halle.

Berlin, 22. Nov. Wie der "Vormärz" aus Halle meldet, haben die Hallenser Betriebsvertretungen einstimmig eine Entscheidung angenommen, die jede Beteiligung an einem Generalstreik, sogar die Beteiligung an einer Abstimmung mit Entschiedenheit ablehnt. (W. T. B.)

Keine Ehrenwortsverleihung durch Oberleutnant Boldt.

München, 22. Nov. Zur Freiheit des Oberleutnants Boldt aus dem Unterlagergefängnis in Domburg erklärte die "Münchner-Augsburger Abendzeitung", die Behauptung, Boldt sei unter Bruch des Ehrenworts entflohen, sei nicht zutreffend. Er habe allerdings dem Gefangenendirektor ehrenwörtlich angeboten, nicht zu entfliehen, aber nur auf die Dauer eines Verteilstreiches. Diese Frist sei am 15. November abgelaufen, und Boldt habe den Gefangenendirektor noch besonders auf diesen Umstand hingewiesen. Es könne daher keine Rede davon sein, daß Boldt sich einen Vorwurf habe zu schulden kommen lassen.

Ausstand in Triest.

Graz, 22. Nov. Wie die "Grazer Tagesspost" aus Triest meldet, ist die gesamte Arbeiterschaft der Schlüsselbaumerken und aller größeren Industrieunternehmungen, sowie der Gas- und Elektroindustrie ausgetreten. Die Stadt ist ohne Licht und Kraft. Es besteht die Gefahr, daß auch bald das Trinkwasser fehlen wird, weil die Arbeiter der Wasserwerke sich dem Ausstand anschlossen haben. Im Hafen ruht die Arbeit vollkommen. Auch die Zeitungen erscheinen nicht. Zwischen Faschisten und Kommunisten hat es schwere Auseinanderlegungen gegeben. In einem Gasthaus wurde eine Bombe geworfen. In San Giacomo wurde bei einer Plausch ein Mechaniker tödlich verletzt. (W. T. B.)

Frankreichs Angst vor der Wahrheit.

Paris, 22. Nov. Die französische Regierung hat dem Passiven Gouvernement de Tourny, der einen Vortrag in Berlin halten sollte, die Ausstellung eines Passes verweigert. Die kommunistische "Internationale" protestiert heftig gegen das Verhalten der Behörden. Tourny, der den Artikel als Offizier mitmachte hat, hat sich bemüht, zu beweisen, daß das deutsche Volk von 1914 nicht allein für den Artikel verantwortlich gemacht werden kann sondern daß auch auf Seiten der Entente Schuldige sind. Als solche nannte er belorbene Poincaré.

Die Saarbevölkerung gegen die Regierungskommission.

Frankfurt a. M., 22. Nov. Der Kreistag von Saarbrücken beschloß, dem Volksbundrat zu bitten, die jeweiligen Mitglieder der Saarregierung nach Ablauf ihrer vertragsgemäßigen Amtsperiode abzuberufen, da die jeweilige Regierung das Vertrauen der Bevölkerung nicht gewonnen habe. Die übrigen Kreistage des Saargebietes würden sich später auf den gleichen Standpunkt stellen, wie der von Saarbrücken.

Kunst und Wissenschaft.

"Elga" im Opernhaus.

Eine Neuheit in der Dresdner Oper: das hört sich ganz ungewohnt an. Aber es stimmt doch. Man hat gestern erstmals "Elga" von Lenau gespielt und damit gezwungenermaßen eine alte, noch von Schub eingegangene Verpflichtung erfüllt. Das Werk wurde mit dem seit langem in der Dresdner Oper in jedem Rolle üblichen, vom Publikum kritiklos gewählten sterilen Premieren-Versall aufgenommen, der mehr ist noch wider das mindeste beweist. Als Anerkennung der Darstellung war er immerhin berechtigt. Die Elfen als Elga und Burg als Groß-Saarenburg waren das Ereignis des Abends. Es muß ein erstaunliches Meisterstück genannt werden, aus der Sache das zu machen. Morgen mehr darüber, auch von den anderen schätzbaren Faktoren der Aufführung und vom Werk selbst. Von diesem wird leider nicht viel Erfreuliches zu sagen sein. Es gibt Gerhart Hauptmanns bekannte Traumdarstellung in einer isolirten "overhaft" entstellten Bearbeitung von Moritz Sobellitz. Und die Miss Lenais spricht die Sprache eines technisch gebildeten Zeitgenossen der "Salome" und "Elektra", ohne Eigentum, ohne dichterische Vertiefung, ohne den göttlichen Funken schöpferischer Kraft. Darum wird sie auch, obwohl das Werk nur etwas über anderthalb Stunden dauert, langweilig. Und das ist das Einzigste, was nach Riege in der Kunst nicht passieren darf. E. S.

† Dresdner Theater-Spielplan für heute. Opernhaus: "Bar und Zimmermann" (7); Schauspielhaus: "Der Kronprinz" (7); Neustädter Schauspielhaus: "Hospitale" (7); Residenz-Theater: "Die Spaltenkönigin" (7); Central-Theater: "Der Alpenprinz" (7).

† Beratungen. Heute um 7 Uhr im Saale des Zoologischen Gartens; Frauenchor "Phönix"; um 14½ Uhr im Künstlerhaus; Sonatenabend Streicher. In der Kaufmannshaus: Konzert von Margarete Thum.

† Zweites Eisenberger-Konzert. Bei den gegenwärtigen Künstlerverhältnissen wird es den Virtuosen willkommen sein, wenn sie ein Konzert in einer Stadt doppelt geben können. Wie der Verein Wohlwohl des älteren bekannte Künstler vor oder nach deren eigenem öffentlichen Konzert noch für einen Abend vor seinen Mitgliedern verpflichtet, so hatte die Dresdner Volksakademie noch einmal Seherin Eisenberger zu einem Klavierabend gewonnen. Er spielte ein anderes Programm, als am Abend

Derlliches und Sächsisches.

Weitere Gemeinderatswahlergebnisse.

Aus der Weinhauer Gemeinde. Brodowis: 5 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten, 2 Unabhängige. Dietrich: 4 Bürgerliche, 3 Sozialdemokraten, — Unabhängige. Dobritz: 3 Bürgerliche, 4 Sozialdemokraten, — Unabhängige. Garischbach: 4 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten, — Unabhängige. Jessen: 3 Bürgerliche, 3 Sozialdemokraten, — Unabhängige. Kellbach: 3 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten, — Unabhängige. Kriewitz: 5 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten, 1 Freie Wähler. Rothensee: 3 Bürgerliche, 2 Sozialdemokraten, — Unabhängige. Sodel: 3 Bürgerliche, 5 Sozialdemokraten.

Mitteilungen aus der letzten Gesamtversammlung.

Das Stadtkonvent beschließt man in "Marktallweg" umzbenennen.

Dem Staat beschließt man als Absindung für die ihm durch Ausstattung der Polizeimachern und Polizeisebeamten in den neuen Vororten erwachsenden Kosten außer dem für Umgestaltung des Wiederaufbaus und Altersordnung bereits ausgezahlten Berechnungsgeld von 60 000 Mark einen weiteren Betrag von 200 000 Mark zu zahlen unter Berücksicht der Vorgeschäfte von 28 000 Mark für vorübergehende Ausübung des Sicherheitsdienstes durch Wohlfahrtspolizeibeamte.

Zur Verbilligung von Lebensmitteln für Klein- und Sozialrentner, Altenrente und ionische vom Fürsorgeamt betreute Unterstützungspflichtigen, deren Einnahmen den Betrag der Erwerbslosenunterstützung nicht überschreiten, werden 1½ Millionen Mark zu Lasten von Position 50 des diesjährigen Haushaltplans bewilligt. Die Unterstützung soll in Barbeitshilfen zum Kauf von Kartoffeln, wenn deren Beschaffung nicht möglich ist, in eine Ausweitung aus den Beständen des Lebensmittelamtes oder in Barbezügen bestehen. Die Durchführung im einzelnen wird dem Fürsorgeamt überlassen.

Bezirksausschuß Dresden-Neustadt.

Der wesentlichste Punkt, der auf der Tagesordnung des Bezirksausschusses Dresden-Neustadt in seiner Sitzung am Mittwoch stand, war die Erstellungnahme zu dem Plan des Zusammenschlusses der Schönbornerhöfe.

Amtshauptmann Dr. Lempe äußerte sich allein dazu. Er kannte den Zusammenschluß begrüßenswert, infolge er das letzte Glied einer lange laufenden Entwicklung darstelle und ein finanziell sicher in sich ruhendes Gemeinschaftsvermögen. Für den Bezirk freilich müßt diese Bildung einer Stadt von etwa 32 000 Seelen die schweren Folgen heranbeschöpfen. Das Auscheiden acht kleiner Gemeinden aus dem Kreislauf dieses Jahres, das mit der Erweiterung der Stadt Dresden verbunden war, habe man gemeint, ertragen zu können; die Hoffnungen auf einen Ausgleich, wie ihn z. B. ein Hinzuholen der Beauftragten u. a. m. vorschreiben hätten, seien freilich nicht in Erfüllung gegangen. Entscheide nun aber ein eigenes Gemeindeselbstbestimmt, so müsse das auch der Amtshauptmann unmissverständlich bedeuten. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bedeckt. Die anstehende Mitteilung des Amtshauptmanns von der Bezeichnung der "Dresdner Volkszeitung" zum Bekanntmachungsblatt für den amtsaufsichtsmäßigen Bezirk vom 1. Januar 1922 ab, rief Bewegung unter den Auszugsmitgliedern hervor. Mit dieser Entscheidung des Ministeriums, die eine zuvor erforcierte wieder aufzuheben, hat die Sozialdemokratie ein vor ihr längst erreichtes Ziel erreicht. Die Amtshauptmannschaft unter Leitung ihres der Mehrheitssozialdemokratie zugehörigen Amtshauptmanns hat von sich aus in niederotholten Eingaben an das Ministerium auf dasselbe Ziel hingearbeitet. Der Gemeindevorstand von Niederlößnitz, Hainsburglich, äußerte sich mit großer Uitterkeit über diese ministerielle Schafelpolitik. Der "Abkömmling" der Generalangelegte sei seit länger Jahren, ja, schon vor dem Kriege, von breiten Kreisen der Bevölkerung als Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt bede

Wort beimgangen, der bei seinen Berufskollegen sich großen Resonanz erfreute und als Mensch durch seinen außergewöhnlichen Charakter die Bewunderung aller genoss, die ihm widergetreten sind.

— **Begruß den Entwurf zu dem neuen Beamtenbefolgsungsgefeh** wandte sich eine am Montag abend in Saal der abgehaltene Versammlung der dortigen Beauftragten. Der Vorstand der Ortsgruppe des Deutschen Beamtenbundes war seit einem Jahre wiederholt veranlaßt worden, eine Mitgliederversammlung abzuhalten, hatte es aber nie abgelehnt. Die Mitglieder boten nun über die Stände des Vorstandes hinweg die Versammlung einzuberufen, in deren Räume es zu beständigen Auseinandersetzungen mit dem Vorstand kam. Zuweilen gingen die Wellen so hoch, daß dem Vorsitzenden der Ortsgruppe das Wort entzogen und ein anderes Mitglied des Vorstandes aus dem Saale gewiesen werden sollte. Es wurde eine Entscheidung vorgelegt, in der Einpruch erhoben wird gegen das Verhalten des Vertreters des Deutschen Beamtenbundes bei den Beratungen über den Entwurf des neuen Befolgsungsgefehles und in der zum schärfsten Kampf gegen das Gesetz aufgerufen wird. Weiter wird gefordert: Nur sechs Befolgsungsgruppen, ein gleichhoher Leistungsausfall an alle Beamten, Befestigung der Ortsklassen, ein Befestigungssteigerungsmaßnahmen, Anpassung der Gehälter an die Preissteigerung, Befestigung der Dienstbescheinigungen, sowie Bezeichnung einer Umfrage über die Tstellung der Beamten zum Streit. Der Vorstand erklärte, die Resolution teilweise ablenken zu wollen und drohte mit sofortiger Abstimmung. In der Abstimmung wurde sie mit Stimmengleichheit abgelehnt. Aufschluß ermittelte die Abstimmung des Finanzministers. Es ist, daß die Beamten kaum mehr das Januargehalt, leineswegs aber mehr das Aprilgehalt ausgezahlt bekommen würden. Er forderte die Beamten auf, ihre Vertreter zu veranlassen, gegen die Privatisierung des Eisenbahns und für Erhaltung der Kaufkraft der Mark zu arbeiten.

— **Bergräte Postbestellung**. Die Post vom Tage D 187 Leipzig-Miesa-Dresden ist am 23. November mit 1 Stunde Verzögerung eingetroffen und hat den Anschluß an die zweite Briefbestellung verfehlt.

— **Sächsischer Verein für Luftfahrt**. Auf eine Erkrankung des Hauptmanns Mener muß der für Freitag, den 28. d. M., angekündigte Vortrag "Luftfahrt in Not" auf Kurze Zeit verschoben werden.

— **Der Vandeverein Sächsischer Heimatschutz** hat in seinem Sitzungszimmer Dresden-Alstadt, Schießgasse 24, 1. Treppen, eine Weihnachts-Spielwaren-Ausstellung veranstaltet, die eines Besuchs wert ist, findet man doch da alle diejenigen Spielwaren zum Verkauf ausgestellt, die im Sinne der Bemühungen des Vereins als geschmacklich gut anzusehen und zu würdigen sind.

— **Beführung eines Paar-Motorrings**. Unter dem Namen "Beaman-Treffer" hat die Firma August A. G. einen Hand-Motorring auf den Markt gebracht, der heute, Sonnabend, den 21. vormittags ab 10 Uhr, bei der Firma Paul Haubel, Großbaumgarten, Dresden-Tolkewitz, ab 14 und 21. Faltstelle (Kofferwerk) in der Arbeit vorstellt wird. Jedermann ist es gern gestattet, den Vorführungen beizuschauen. Der Motorring d. r. in gleicher Größe kultiviert und zeigt, erzielt ein Paar Wende, was beim jüngsten Mangel an Spannen von besonderer Bedeutung ist.

— **Eine Weihnachtsschau des Vereins der Blinden in Dresden und Umgegend**. 1. Fürsorgeverein für Blinde, ist im Anzeigenteil dieser Nummer enthalten.

— **Große Feier der Zeit**. Ein 11-jähriger Schuljunge A. hatte seiner in Borsdorf Bleien wohnmüthen Mutter eine Geldbörse mit 15 M. Inhalt geklaut und das Geld verloren. Da seine Elternlichkeit herauskam und er Strafe zu erwarten hatte, öffnete er in der Küche des Hauses, um sein Leben zu beenden. Als am Dienstagabend seine Mutter, eine ehrbare Arbeiterin, sie in der Wohnung hörte, Gasgruß und fand ihren Sohn in der Küche benommen vor. Die Wiederbelebung verhinderte der Feuerwehr brachten nach 30 Minuten den unzählig Lebendenden wieder ins Bewußtsein.

— **Begruß Unterschlagung, Verzug und Diebstahl** hatte sich der Arbeiter Paul Georg Hause vor dem Schöpfungsgericht zu verantworten. Der Angeklagte war der Schriftführer des Freiberger Stammtisches "Traurige Verden". Er hatte als solcher gegen 1000 M. Sammelselder untergeschlagen. Sie stammten von den Besitzern, seines von den Bankiers Motto, sowie von den Arbeitern und Beamten des Königspalais Dresden-Alstadt und sollten der Witwe Hause zugestellt werden, deren Ehemann beim Abbruch der Dresden-Vuhtschiffshalle tödlich verunglückt war. Weiter hatte Hause einer Tante in Weißbühl verschiedene Kleidungsstücke im Wert von über 2000 M. abgekennzeichnet und dann bei einem Trödler unter der Hand für 200 M. verkauft. Schließlich saß der bereits vorbestrafte Hause in der Victoriastraße in Dresden einem anderen Arbeiter das Fahrrad, um es gleichzeitig zu Geld zu machen. Der ungetreue Schriftführer muß seine Handlungsweise mit 10 Monaten Gefängnis ahnen.

— **Die Lebendmitteldemonstrationen**, die im Juli stattfanden im Reiche und auch in Dresden stattfanden und die am 12. des genannten Monats zu erheblichen Schwierigkeiten vor dem Hotel "Kronprinz" in der Augustusstraße führten, hatten jetzt noch ein gerüchtiges Nachspiel. Begen jener Borgänge ruhten sich achter, Dienstag, 12. November vor der 7. Strafkammer des Dresdner Oberlandesgerichts verantworten. Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge und dauerten bei Redaktionsschluß noch fort. Abends 9 Uhr mußte noch Finanzminister Heldt als Zeuge durch Fernsprecher herbeigerufen werden. Urteil und Urteil folgen in nächster Nummer.

— **Börsenschau**. Vorläufige für Schwerhörige. Am Freitag, den 20. November, um 2, 4, 6 und 8. Dezember, abends 19 Uhr, steht Herr Fabritius in der Schwerhörigen-Schule, Clemensstraße 1, über: Güter und schlechtes Gewissen, besonders an Gebäuden gebräuchlich und in unserer Gegenwart. Die Teilnehmerkosten für Mitglieder des Börsenclubs 1 M. für Nichtmitglieder das Doppelte. Die Kosten können beim Börsengremium entnommen werden.

— **Jugendring-Berichte**. Freitag, Sonnabend, 9 Uhr, im Vorlesesaal des neuen Ausstellungsbauwerks an der Schönhauser Allee 12. Eintritt frei.

— **Der Jugendring Dresden hat seine Ausstellung "Jugendarbeit" im neuen Ausstellungsbauwerke an der Schönhauser Allee 12, am 20. November um zwei Tage, also bis Dienstag, den 23. November, verlängert.** Am diesen letzten Ausstellungstag findet abends 19 Uhr ein Abschlußvortrag über die Bedeutung der erhaltenen und unerledigten Krankheiten für die Zukunft unseres Volkes vor Dr. Arndt statt. Freitag, Sonnabend, abends 9 Uhr im Vorlesesaal des Ausstellungsbauwerks; Kosten von zwei Dr. Werner Baumer. Grundlagen einer neuen Politik.

— **Bereinigungsanglungen**. Bund der Ausländer, Deutschen, Polen, Freiheit, 9 Uhr, im Hotel Stadt Petersburg. Deutlicher mit Frau. Zur Herabmehrung gelingt ein Zusammenschluß der deutschen Ausländervereine. Eine Bühnenaufführung fehlt.

— **Die Bauschule des Bauamtes für Neu- und Ausbau**, Dresden, neunzehn, Sonnabend, den 20. November, von abends 6 Uhr an, in den Räumen des Bauamtes, Matrosen, Montazier, Lüster, Zeitung ihres Lehrers, Käunter, Alfred Eiter von der Bauschule, und unter Mitwirkung von Gottfried Hoffmann, Stgt. (Matrosen), Metz, Dr. Georg Schor und der Geschwader Mannschaft (Sopten und 1. Abt. der Hochbau) wird anfangs dem Saal.

— **Die Ausserordende, der von Direktor Winter-Luxton gegründete Böhlitzschule, hält Sonnabend, den 20. November, 9 Uhr, eine Vorlesung in der Versammlung im Stolzenhainischen Dorfhaus ab.**

— **Die Bürgergemeinschaftsche Dresdner-Sicht und Band** hat einmal wiederum an den Mittwoch-Abenden von 8 bis 9 Uhr eine Börse und eine eingetragene. Dadurch ist allen nachberufstätigen Frauen und Männern Gelegenheit gegeben, sich für die von der Bürgergemeinschaftsche veranstalteten Lehrküche in Schneiders, Weinhäusern, Handarbeiten, Tugmischen, Fleisch mit den sich willenden Kämmen.

Spenden für Oppau.

Noch immer gehen uns namhafte Beträge für die Opfer der Explosionskatastrophe in Oppau zu, deren Empfang wir mit herzlichem Dank hierdurch bestätigen:

Josef Lagger 10 M.; Frau Dr. B. 200 M.; H. A. Schubert 10 M.; Frau Hilsberg 5 M.; Unbenannt 2 M.; Familie Braun 20 M.; Ubbmann 5 M.; Kurt Reb, Kommissar, 20 M.; Vorstand Wehrer Hirsch 28 M.; Friedrich Helmke 10 M.; Alex Neubauer 10 M.; Raumansichtsstraße, Blasewitz, 20 M.; Paul Scheidl 10 M.; Frau Unbenannt 100 M.; Verein junger Landwirte für die Bevölkerung 485,50 M.; Gemeinde Beierwalde 340 M.; Arbeiter-Madlachverein Beierwalde 75 M.; Stephanienstraße 97 10 M.; B. G. 10 M.; L. 5 M.; M. 3,5 M.; G. C. 10 M.; L. C. 10 M.

Verlag der "Dresdner Nachrichten".
Marienstraße 8.

nähren und Erfüllen auszumelden und ich darüber zu unterrichten. Die Geschäftsstelle befindet sich Kaiser-Wilhelm-Platz 7, I. Fernsprecher 13481. Geschäftstage täglich von 9 bis 2 Uhr.

— **Sächsische Landeslotterie**. Der Gewinnplan ist ab 180. Lotterie einer Nebenwert unterzogen worden und weist eine wesentliche Verbesserung der Gewinne bei gleicher Auszahlung wie bisher auf. Allein in der 6. Klasse genau neben der Preise von 500.000 M. sind Preise von je 100.000 M. gegen bisher vier Preisen zu 50.000 M. zur Ausziehung fertiggestellt sein könnte. Auch glaubte man, daß es ohne wesentliche Abstriche des sächsischen Rentenversorgungswerts abreißen würde. Diese Hoffnung wurde aber später enttäuscht. Wie bekannt sein dürfte, makte die sächsische Regierung einen zweiten Vorflug nach Berlin ein. Hieraus läßt sich die Einstufung der sächsischen Orte eindeutig, und selbst in der Ortsklasse E waren noch ähnlich viel Orte zurückgeblieben. Diese Maßnahme war wohl unter dem Druck der Reichsregierung erfolgt. Am 7. Januar verhandelten sämtliche sächsische Organisationen im Ministerium des Innern und einigte man sich nach mancherlei Verbesserungen mit der sächsischen Regierung über den Entwurf. Allgemein war man der Auffassung, daß Ende März das Ortsklassengesetz fertiggestellt sein könnte. Auch glaubte man, daß es ohne wesentliche Abstriche des sächsischen Rentenversorgungswerts abreißen würde. Diese Hoffnung wurde aber später enttäuscht. Wie bekannt sein dürfte, makte die sächsische Regierung einen zweiten Vorflug nach Berlin ein.

— **Dresden**. Gehoben wurde am 9. November dem Kaufmann einer kleinen Firma Ede Südmann und Weihrauch einen Handwagen mit einer Höhe mit 30 Pfund Schrotwaffen mit dem Werte von 1400 M. Die Kriminalpolizei littet um Mitteilungen über den Besitzer des Wagens mit Inhalts.

— **Schwere Unfälle**. Am Mittwoch morgen hinterließ ein böhmischer Autofahrer, aus Bamberg, in einer Wohnung an der Augustusstraße 14 einer geladenen Browningsholicie, die sich plötzlich entzündet. Die Angestraßte schwieg in den Körper und Brust und verlor den 31 Jahre alten Mann so schwer, daß er nach dem Krankenhaus befördert werden mußte. In einem Betriebe zu Hohenwörth wohnte am Mittwoch morgen der in der Hohenwörther Straße wohnhafte, 35 Jahre alte Schlosser E. ein Metallarbeiter, wobei ihm dieses mit kaltem Wasser an den Hinterkopf schlug, daß er eine gefährliche Schadelverletzung davontrug. — Am Mittwoch nachmittag geriet der in der Domühlenstraße wohnhafte Kunstmaler H. P. B. in einem Betriebe an der Hammburger Straße mit der rechten Hand in eine Kreisäge, wobei ihm ein Ginge von der Hand getrennt wurde. Diese bestimmt sein dürfte, makte die sächsische Regierung einen zweiten Vorflug nach Berlin ein.

— **Pirna**. Die von der Firma Ann Schuh der deutschen Kultur in absehbarer Dauer veranstaltete Freie neue Vertrags-Ausstellung hat hier leider nicht die Bedeutung gewonnen, die diesem vorzüglichen Volksaufklärungsmittel hätte aufstellen werden sollen. Wie der Charakter dieser Ausstellung verkannt worden ist, geht daraus hervor, daß an die Ausstellung, bei deren Besuch sich jedem Deutschen vor Schmerza das Herz framte, das Ansehen der Eröffnung einer Vergnügungsstätte nebstet worden ist. Die Bereitstellung eines der Schuhläder, die Ausstellung war abgelehnt worden. Und wie ihr bei der Eröffnung schon durch die Abwesenheit der sächsischen offiziellen Personen die Empfehlungsnote von oben verloren blieb, vielleicht auf falscher Seite vor der Meisterung oder der Entente, so ist von dieser Gleichstätigkeit auch die breite Volksmasse erstaunt worden. Besichtete Zeher waren sehr erstaunt und befreit mit ihren Andern die Ausstellung.

— **Freiberg**. Der Aufruf zur Gründung einer "Freizeitgesellschaft von Freunden der Bergakademie Freiberg" hat bei vielen alten Freibergern und in weiteren Kreisen der Industrie lebhafte Beteiligung gefunden. Der Grundstock der Gesellschaft sind bisher an einzelnen und laufenden Beiträgen rund 600.000 Mark überwiesen worden; weitere Beiträge sind in höher Aussicht gegeben. Die Gründung der Gesellschaft soll Sonnabend, 2. Dezember, nachmittags 3 Uhr, in der Aula der Bergakademie erfolgen.

— **Stollberg**. Zwischen Ursprung und Selbersdorf getötet infolge Explosion ein Automobil in Brand, wobei die Insassen, ein Habitant aus Grünau mit drei Begleitern, aus dem Wagen geschleudert wurden. Erster erlitt schwere Verletzungen.

— **Jonsdorf**. Vermisst wird der Böhmer Wichtner des Wohnhauses „An Nonnenfelsen“. Er hat sich aus seiner Wohnung am Sonnabend nachmittag entfernt, ohne wiederzutreffen. Wichtner ist gesuchtfest. Es liegt die Annahme vor, daß ihm ein Unfall eingetragen ist. Wichtner trug dunkelgrau Sportmaut, schwarzaugengeschliefes Sommerjacke, graue Altmärkische und Stiefel.

— **Bautzen**. Eine Neopolytechnische zeit in tödlichem Ausgang trug sich bei einer Theateraufführung im nahen Obergrätz zu. In einer Poule machte sich der Theatertisch Bautzen mit einem Novizen zu schaffen, der sich entzündet. Das Weichholz eines Novizen ist der 19 Jahre alten Perle Bautzen durch Magen, Leber und Nieren. Das Wäßchen war bald darauf.

— **Pulsnitz**. Hier entdeckte die Lokomotive eines von Amsdorf kommenden Güterzuges. Der Verkehr mußte durch Umsteigen aufrecht erhalten werden. Die Säge erschütten erhebliche Verzögerung.

— **Aus den amtlichen Bekanntmachungen.**

Kontakte, Zahlungseinkünften usw. Im Dresdner Ammischteigebiet: Neuer das Vermögen des Kaufmanns und Industriellen Oscar Alfred Wahl, alleinigen Inhabers der Firma Alfred Wahl in Dresden, Kamptzstraße 2, in das Konturschiffen veröffnet und der Güterverkehr Altmann in Dresden, Eisenstraße 18, zum Konturüberwälter ernannt worden. Konturüberwälter sind bis zum 14. Dezember bei dem Gericht anzumelden. — Neuer das Vermögen der Firma Anton u. Gottlieb Westfeld mit beschränkter Nutzung in Dresden, Schubertstraße 7, 2, die unter anderem Metzgergeschäfte betrieben hat. In das Konturschiffen eröffnet und der Reichsmann Dr. H. H. Müller in Dresden, Augusteum 1, zum Konturüberwälter ernannt worden. Konturüberwälter sind bis zum 5. Januar bei dem Gericht anzumelden. — Über den Rauchgasen am 6. Januar 1921 verhängte Steuermäßigt. Die Richter in Dresden, Bautzen und Zittau schieden aus. — Über den Rauchgasen am 6. Januar 1921 verhängte Steuermäßigt. Die Richter in Dresden, Bautzen und Zittau schieden aus. — Über den Rauchgasen am 6. Januar 1921 verhängte Steuermäßigt. Die Richter in Dresden, Bautzen und Zittau schieden aus.

— **Zollamt**. Der Rat der Stadt Dresden hat den 1. November 1921 die Befreiung der Börsenhandlung für die Börsenhandlung in Dresden bestimmt.

— **Neustädter Schauspielhaus**. Donnerstag, den 24. November, 14, 8 Uhr.

Zum ersten Male: — **Hopfenrats Erben**

Volkstümlich mit Gesang in 3 Aufzügen von Heinrich Wilken. Musik von Gustav Michaelis.

Ein deutsches Volkstück in seiner lebenswahren Verbindung von Tugik und Komik, ein buntes Wachsenspiel zwischen Familien und Gesellschaftsleben.

Karten täglich von 10 bis 6 und ab 8 Uhr Theatercafé, sowie Invalidencafé, Konzertdirektion F. Ries und Rosenthal, Kauhaus. Telephonische Bestellungen 10671.

Das neue Ortsklassengesetz für die Beamten.

Die Gewerkschaft deutscher Eisenbahner, Landesverband Sachsen, schreibt uns:

Die Ortsklasseneinteilung ist eng verbunden mit dem Reichsbesoldungsgesetz. Seit einem Jahre wird an der endgültigen Gestaltung des Ortsklassengesetzes gearbeitet. Nachdem die Reichsstaaten über 10.000 Einwohner ländere seit ein gewissem statistischen Material über die Bevölkerungsverhältnisse gesammelt hatten, erschien dann im Reichsregulationsblatt Nr. 228/20 die Einstufung all dieser Orte. Eine allgemeine Enttäuschung über die allzu niedrige Einstufung tritt darauf bei der Beamtenschaft ein und soviel von diesen Zeitpunkten an reagieren sich an allen Orten die Beamten, um die endgültige Einstufung besser zu gestalten.

Ungefähr um diese Zeit brachte dann auch die sächsische Regierung ihren Entwurf über die Einstufung der sächsischen Orte heraus.

Die sächsische Regierung hat dabei den am 20. Oktober 1920 von der sächsischen Volkskammer angenommenen Entwurf, daß nur die beiden Ortsklassen A und B dam. in Ausnahmefällen die Ortsklasse C für Sachsen bestimmt haben sollte, nicht ganz beachtet. Sie hatte vielmehr darüber hinzu auch in die Ortsklasse D eine rechtliche Anzahl Orte einzeln, und selbst in der Ortsklasse E waren noch ähnlich viel Orte zurückgeblieben. Diese Maßnahme war wohl unter dem Druck der Reichsregierung erfolgt.

Am 7. Januar verhandelten sämtliche sächsischen Organisationen im Ministerium des Innern und einigte man sich nach mancherlei Verbesserungen mit der sächsischen Regierung über den Entwurf.

Allemal war man der Auffassung, daß Ende März das Ortsklassengesetz fertiggestellt sein könnte. Auch glaubte man, daß es ohne wesentliche Abstriche des sächsischen Rentenversorgungswerts abreißen würde.

Um diese Zeit brachte die sächsische Regierung einen zweiten Entwurf nach Berlin ein. Hieraus läßt sich die Einstufung der sächsischen Orte herauslesen. Die sächsische Regierung war wohl unter dem Druck der Reichsregierung erfolgt.

Am 7. Januar verhandelten sämtliche sächsischen Organisationen im Ministerium des Innern und einigte man sich nach mancherlei Verbesserungen mit der sächsischen Regierung über den Entwurf.

Am 8. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 10. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 11. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 12. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 13. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 14. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 15. Januar bestätigte die sächsische Regierung den Entwurf.

Am 16.

Sächsischer Landtag.

79. Sitzung.

Dresden, den 22. November 1921.

Der Landtag sieht heute die am Dienstag abend abgebrochene

Staatsdebatte

fort. Es spricht zunächst

Abg. Hubert (D. P.) der beantragt, die Erstvorlagen der beiden Haushaltsausschüsse zu überweisen. Die Zahl der Hörer der gesetzlichen Rede des Finanzministers habe nicht der aufzunehmenden Arbeit entsprochen. (Sehr richtig!) Solche ausführliche Darlegungen sollten fürtrefflich dem Haushaltspolitik selbst vorgelegt werden. Die Sätze, momentanisch der von 1921, seien Neuanfälle großen Fleisches. Die Räden seien freilich längst überholte. Um dem Handtage eine Grundlage für die Beratung zu geben, dürfte es sich empfehlen, für die einzelnen Kapitel wieder vorläufige Rechenschaftsausschüsse einzurichten. Auch Kostenanschläge sollten dem Handtage wieder mehr ausdrücklich gemacht werden. Trotz der großen Fäden hätte der Staat ein Bild unserer Kultur. Anfangsbesitz sei die Arbeitssamkeit nostra, aber man dürfe sich nicht festlegen auf Schlagworte, wie "Keine Ausgabe ohne Gedanke". Wünschenswert sei, dass die neue Besoldungsordnung voraussehbar bald dem Handtage vorgelegt werde. Außerdem bleibe, das das Reich die Mehrheiten der Besoldungsabschöpfungen für die Länder und die Gemeinden übernehme. Siedlungen sei hier gegenüber anderen Ländern im Nachteil, weil die Bandenverschreitung die Käufleute anders als regelt habe, also dies im Reich und Preußen geschiehe. Der Redner beruft sich, dass bei der Sozialdemokratie die Kinderarbeitsfrage sehr anders bearbeitet werde. Das Christkönigenvorabedikt sei immer noch nicht erledigt. Er bitte die Regierung, in Berlin auf einer den Reichstagsberghäusern ent sprechenden Einladung zu beharren. Bei den neuen wirtschaftlichen Verhältnissen müsse darauf Bedacht genommen werden, dass die Beamtenbelegschaft immer der Neuzeit angepasst würden. Seine Fraktion werde in den Ausschüssen sich stärker an der Durcharbeitung des Gesetzes beteiligen. Der Redner sieht dann auf Einschätzungen ein. In den Vororten dürfe kein Raubbank betrieben werden. Die Bauten für Bad Elster seien nötig. Dem Gedanken, Bad Elster auf einem Volksfest zu machen, steht er steiflich gegenüber. Schon ist es Bad Elster für den Mittelstand zu teuer. Erwünscht sei eine Auskunft über Brambach, bei dem Aktien zu 7% Prozent auf in englischen Händen befinden sollten. Vielleicht könnte auch mehr für Oberholz gegeben werden. Die Bewegungsfreiheit der leistungsfähigen gelehrten gewerblichen Unternehmungen sollte nicht zu sehr durch Verwaltungsräte beschränkt werden. Die Rechtsverträge der Staatsbetriebe seien durchweg unverhältnismäßig gering. Sie hünden in keinem Verhältnis zum Anlagenwert und zum Umlauf. (Sehr richtig!) Bestensredet sei die Tatsache, dass die Beispiele mit den Staaten keinen Erfolg abwerfen in einer Zeit, wo man sonst von landwirtschaftlicher Hochkonjunktur spreche. Die in den Staat eingestellten Steueranteile würden hoffentlich in Wirklichkeit höher sein. Es müsse aber hervorgehoben werden, dass es noch niemals eine Zeit gegeben habe, wo die Steuererhöhung sich so verhärtet hätten und so mitschwer gewesen seien, als jetzt. In wünschenswert, dass die Auseinandersetzung mit der Krone bald beendet würde. Die Befürchtungen für die Theater könnten nicht bestanden werden, da es sich hier um geistige Nahrung für das Volk handle. Bei Kapitel 42 (Ministerium des Innern, Arbeits- und Wirtschaftsministerium) müsse geprüft werden, ob sich nicht die Zahl der oberen Beamten einschränken lasse. Zu begründen sei die Gründung der Gesellschaften zur Förderung der Landesuniversität und der Technischen Hochschule. Ungefährlich seien noch die Verhältnisse bei der Landeskunstschule Dresden. Der Redner bittet die Regierung, beim Wechsel auf eine baldige Regelung hinzuwirken. 1 Million Mark als Beihilfen an Schulgemeinden für Schulbauten sei unter den heutigen Verhältnissen zu wenig. Zum Schlusse tritt der Redner ein für eine Einschränkung der Sitzungen in der Staatsverwaltung. Sie bedeuten einen Aufwand an der menschlichen Arbeitskraft. Man solle dem einzelnen Beamten mehr Vertrauen entgegenbringen. Dann erspare man viele Sitzungen. Auch im Hause selbst müsse man dem ganzen Willen des anderen mehr Rücksicht schenken. Zu verwerfen sei sowohl allzu großer Optimismus, als auch unfruchtbare pessimistische. Aus beiden müsse der gute Kern eines gefundenen Aktivitätsmaßes entnommen werden, der sich gründlich auf die wahre Liebe zu unserem deutschen Vaterlande und zu allen Volksschichten.

Abg. Müller, Leipzig (Münzb.). In der Meinung, dass der Vorredner bereits gewirkt hat, die gesetzlichen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Ebert abzumildern. Diese seien eine hohesfüllte Rede gewesen, eine breite Proklamation, eine verhüllte Verhöhnung der sozialistischen Regierung und des deutschen Volkes in seiner übergroßen Mehrheit. (Vizepräsident Dr. Wagner bittet den Redner, sich zu mäßigen.) Die Valutanot sei dadurch entstanden, dass die Kapitalisten von dem Zusammenbruch so viel wie möglich profitieren wollten. Seine Partei habe nicht die Hoffnung, dass die sozialistische Regierung mit einem Schlag die kapitalistische Wirtschaft überwinden könne. Wenn seine Partei der Regierung auch nicht fröhlich gegenüberstehe, so müsse sie doch anerkennen, dass sie im Rahmen der verfassungsmäßigen Bindung ihre Pflicht getan habe. Die Regierung müsse in Berlin versuchen, das endlich einmal die Unternehmer Einkommenssteuer zahlen. Der Redner tritt u. a. ein für die Ausbildung des privaten Wohnungsbau und fordert nachdrücklich Kommunalisierung der Wirtschaft. Die Auswahl der Beamten müsse künftig nach anderen Gesichtspunkten erfolgen. Er sieht in dem Staat nicht, wie der Abg. Dr. Ebert, ein Bild der Hoffnung, sondern ein Zeichen für den guten Willen und die Energie der sozialistischen Regierung, aus dem Chaos, das sie nicht verschuldet habe, einigermaßen herauszutreten. Er wünscht, dass die Regierung auf diesem Wege fortfahre. Sie werde hierbei die Unterstützung seiner Fraktion haben.

Abg. Ewert (Komm.) legt dar, dass die wesentlichen Einnahmen des Reiches von den Arbeitern herrührten. Dafür sei die Förderung begreiflich, dass das Reich sich vor allem der Interessen der Arbeiter annehmen müsse. Die Arbeiter würden unter der Art der Reparationsosten zusammenbrechen. Da sie das Trauerspiel eines Krieges niemals wieder mitmachen würden, bleibe als Mittel zur Abwägung nur die Verwirklichung der Ideale, an die die Arbeiterklasse glaubte. Befreiung des Kapitalismus, Enteignung des Grundbesitzes, Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln. Der Redner wendet sich dagegen, dass die Arbeitserlöse zu hoch seien. Die Arbeiter lebten erheblich schlechter, als vor dem Kriege, auch die Beamten, abgesehen von den höchsten. Er spricht den Deutschen-nationalen jedes Recht ab, sich über die Arbeiter aufzuhalten. Sie hätten immer ihre Pflicht getan. Das Kreditangebot der Industrie sei ein niedriger Expressionsversuch. Er wolle das Angebot nur aufrecht erhalten, wenn man ihr die Eisenbahnen zur kapitalistischen Ausnutzung überlässt. Schuld am Defizit der Eisenbahnen sei zuerst der ungeheure Gewinn, den die Unternehmen an den Materialien machen. Im wesentlichen sei die Finanzpolitik hellerlich schuld an den Schwierigkeiten des Reiches. Letzter hätten die

Sozialdemokraten ihm zu wenig widerstanden entgegengestellt. Was den Staat betrifft, so habe er die Ansicht, dass die sozialistische Regierung nicht den Staat besiegt, durchdringen. Und den Staatsformen könnte erheblich mehr verändert werden. Jetzt besteht eine Art Privilegiengesellschaft. Es sei zu wenig getan worden, über zu einem Volkswod zu machen. Es ist jetzt das Bild der Schleier, Bucherer und reichen Veitze. Der Redner bemängelt weiter die Ausgaben für Justiz und Polizei. Die Sondergerichte hätten verdeckt haarkräudige Urteile gefällt. Einige sehr gute Gewissen haben noch im Gefängnis. Charakteristisch für den Staat sei es, dass für Volksetat 25 Millionen Mark eingeschoben werden seien. Aus den öffentlichen Haushaltsumfassungen liebste Klagen über Misshandlungen. Zu fordern sei die Einsetzung von Kontrollkommissionen, die den Strafvollzug überwachen. Eine Praktik sei nicht der Meinung, dass die Regierung ihre Pflicht erfüllt habe. Sie würde das Vertrauen der Arbeiter verlieren, wenn sie sich deren Interessen nicht nachdrücklicher annehme.

Abg. Dr. Siegert (Dem.) beschreibt sich mit der Stelle. Er berichtet, dass sich irgendwelche Partei für stärker höherstehend halte als andere. Richtig sei jedoch, dass der Staat, wie er augenscheinlich in Tadern bestehen, nicht seinem (Redners) Ideal entspreche, weil er die fundamentalen Grundsätze der Demokratie verlege. Auszugeben sei der Ernst unserer Tage, aber sie sei nicht auf die von Ebert vorgebrachte Urfahrt zurückzuführen. Trotzdem die demokratische Partei der heutigen Regierung das Vertrauen verlangt habe, werde sie am Haushaltspolitik mitarbeiten. Als Mittel der Not zu neuern, kämen nur in Frage: Erhöhung der Produktion und der Staatsausgaben, sowie Verbilligung der Staatsverwaltung. Anerkannt werden solle, dass der Staat sich durch bürokratischen Aufstellungen entwölfe, immerhin sei zu bedenken, dass Porzellan, Elektroindustrie, Hütten- und Braunkohlenwerke, Porzellanmanufaktur, Kalkwerke und Kraftwerksgesellschaften im Vergleich zum Anlagenwert weitaus einen sehr dünnen, zum Teil gar keinen Nutzen erbringen. Trotzdem bleibt es das Wichtigste, dass der Staat sich von Eingriffen fernhalte, die Einführung von Hobelschiffen erleichtere, die Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse fördere, landwirtschaftlich, gewerbliche und handelsmäßige habe und seine Organe in den Dienst des wirtschaftlichen Friedens setze. In der notwendigen Vereinfachung der Verwaltung solle der Handtage durch bessere Zulassung vorangehen. Er willte vor allen Dingen nicht die straffe der Regierung missbrauchen. Eingeschränkt werden müsse die Verzugsmaßnahmen in Reich und Ländern. Abschreckende Beispiele in dieser Beziehung bieten die Steuergesetzgebung und die Besoldungsordnung. Geplant werden können durch Vereinigung von Ministerien, Vereinfachung des Justizanwalts und der Arbeitsstellen. Beseitigung aller überflüssigen Schreibwerks und dergl. Falsche Spartamkeit sei es dagegen, Kulturaufgaben ledig zu lassen. Die Umgestaltung der Seminare werde zu einer teilweisen Neugestaltung des höheren Schulwesens führen. Sie werde sich hoffentlich unter wesentlichen Einsparungen durchführen lassen. Am ersten Ende sei es nötig, alle Schulen auf die Not der Zeit, die wirtschaftliche und spirituelle Not einzustellen. Das könnte leichteren auf Grund der Idee der Arbeit. Diese Idee solle helfen, das Volk für die Zukunft stark zu machen.

Nächste Sitzung: Heute, Donnerstag, nachmittags 1 Uhr. Tagesordnung: Anfrage Becke, bet. Preis von katholischen Schulen und Religionsprüfungen durch den Bischof von Meißen; Fortsetzung der Staatsdebatte.

Wohnungsbaubehandlung.

Zum Handtage ist der Entwurf eines Gesetzes über eine Wohnungsbaubehandlung zugegangen. Danach soll im Kreislaufe Sachsen aus Grund und nach Maßgabe des Reichsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbauwesens vom 28. Juni 1921 eine Abgabe in Höhe von 100 von 1000 Bruttobetrag des jährlichen Nutzungswert der einzelnen Gebäude, die vor dem 1. Juli 1918 in Sachsen fertiggestellt sind, vom Nutzungsberechtigten erhoben werden. Für Rechnung der Gemeinden und selbständigen Gutsbesitzer ist ein Auschlag von 50 Prozent der Abgabe zu erheben. Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. April 1921 in Kraft treten.

Am Haushaltsschuh B wurde die Frage der Einstellung von über 45 Jahre alten Beamten, Renten und Arbeitslosen in Staatsbetrieben erörtert. Die Frage soll in kommunistischer Veratung noch weiter geklärt werden. — Sobald spricht sich der Ausdruck aus, über das Verfahren bei den Staatsanträgen der staatlichen Betriebe zu beschäftigen.

Der Rechtsausschuss behandelt die Vorlage über die Eingemeindung der Gutsbesitzer. Die Regierung machte neue Vorschläge für die Ausgestaltung des Gesetzes, die eine zweite Lesung nötig machen. Beim Gespräch über die Sonntagsruhe wurden die vom Vertriebschaffner Dresdner (L. P.) vorgeschlagene Renderrünnchen mit Stimmenmehrheit abgelehnt und die Regierungsvorlage im wesentlichen gutgeheissen.

Landesfinanzode.

(Fortsetzung aus dem Vorabend-Vortrag.)

Eine lange Ausdrucksart ist der nächste Tagesordnungspunkt hinzugekommen.

Entrichtung von Abschlagszahlungen auf die Kircheneinkommenssteuer

der Rechnungsjahre 1920, 1921. Der vom Sch. Regierungsrat Dr. Ostermayer (Auerbach) gegebene Bericht gipfelt in dem folgenden Antrag:

Gemäß § 15 Abs. 1 des Landessteuergesetzes vom 20. März 1920 sind die Religionengesellschaften des öffentlichen Rechts, zu denen auch ihre Unterverbände, die einzelnen Kirchengemeinden, gehören, berechtigt, Aufschläge zu den Reichsteuern zu erheben, die an die Stelle der bisherigen Landes- oder Gemeindesteuern getreten sind. Nach dem Gesetz über das Steuerrecht des öffentlichen Rechtsgelehrten vom 1. Juli 1921 in Südniedersachsen die Kirche auf die Erhebung von Aufschlägen zur Kircheneinkommenssteuer bestimmt, die Erhebung von Aufschlägen zur Reichssteuerabfallesteuer (Kircheneinkommenssteuer der katholischen Personen), zur Grundsteuer und Grunderwerbsteuer ist ihr dagegen verboten. Auf die Kircheneinkommenssteuer ist bisher nur Anfang dieses Jahres ein vorläufiger Vertrag in Abschlag auf die für das Jahr 1920 zu veranlassende Kircheneinkommenssteuer eingehoben worden. Es steht also noch aus, ob die Erhebung der endgültigen Kircheneinkommenssteuer auf das Rechnungsjahr 1920 und der vorläufigen Kircheneinkommenssteuer auf das Rechnungsjahr 1921. Deren Erhebung kann jedoch erst erfolgen, nachdem die endgültige Veranlagung zur Kircheneinkommenssteuer von den Reichsfinanzämtern durchgeführt sein wird; bis dahin wird aber immerhin noch genügend Zeit vergehen. Es wird deshalb den einzelnen Kirchengemeinden empfohlen, sich die bis dahin dringend benötigten Mittel dadurch zu verschaffen, dass sie schließlich an die einzelnen neuerrichteten Kirchengemeindeländer mit der Rückerfordnung herantreten. Wenn jetzt, unverzüglich der künftigen Veranlagung zur Kircheneinkommenssteuer, Abschlagsberichte auf die vorläufig erkt im Jahre 1920 zur Erhebung gelangende endgültige Kircheneinkommenssteuer auf Rechnungsjahr 1920

und auf die vorläufige Kircheneinkommenssteuer auf das Rechnungsjahr 1921 an die Kircheneinkommenssteuer einzuzahlen. Voraussetzung werden die Rücklage der Kirche mindestens 5 Prozent der Steuerverträge der Kircheneinkommenssteuer betragen. Bei der Aufforderung wird ausdrücklich zu bemerken sein, dass die gezahlten Abschlagszahlungen auf die künftig zu erhebenden Kircheneinkommenssteuern in Abrechnung gebracht, aber, soweit dies technischen Schwierigkeiten begegnen sollte, als von der Kirche bis Ende 1922 ausdrücklich vereinbarte universelle Darlehen angesehen werden sollen. In den Quittungen über die abgelaufenen Steuerverträge werden die Rechnungsjahre 1920 und 1921 so hart zu trennen sein.

Oberlausitzkonsulent Superintendent Dr. Möbius (Dresden) macht auf die Schwierigkeiten aufmerksam, die sich mit den Hinzuadditiven ergeben würden. Der augenscheinliche Nutzen der Kirchengemeinden könnte aber durch eine nachhaltige freiwillige Kirchensteuer abgeholt werden, die ein finanzielles Unternehmen der Gemeinden darstellen würde. Ein Appell in dieser Richtung werde sicher guten Erfolg haben. — Ministerialdirektor Dr. Hedrich bemerkt, dass sich der Finanzausschuss eingehend mit der Frage eines Appells beschäftigt habe, aber dann doch davon abgetrennt sei. Die Finanzämter würden sich aus technischen Gründen nicht mit einer Abschlagszahlung auf die Kircheneinkommenssteuer einlassen können. — Ministerialpräsident Dr. Böhme erklärt, der Gedanke, für das Jahr 1921 noch einmal eine Kirchensteuer zu erheben, sei an technischen Schwierigkeiten gescheitert. In vielen Kirchengemeinden sei es, dass über bei den autonomen Gemeinden der Not zu neuern, nämlich nur in Frage: Erhöhung der Produktion und der Staatsausgaben, sowie Verbilligung der Staatsverwaltung. Anerkannt werden solle, dass der Staat sich durch bürokratischen Aufstellungen entwölfe, immerhin sei zu bedenken, dass Porzellan, Elektroindustrie, Hütten- und Braunkohlenwerke, Porzellanmanufaktur, Kalkwerke und Kraftwerksgesellschaften im Vergleich zum Anlagenwert weitaus einen sehr dünnen, zum Teil gar keinen Nutzen erbringen. Trotzdem bleibt es das Wichtigste, dass der Staat sich von Eingriffen fernhalte, die Einführung von Hobelschiffen erleichtere, die Ausfuhr hochwertiger Erzeugnisse fördere, landwirtschaftlich, gewerbliche und handelsmäßige habe und seine Organe in den Dienst des wirtschaftlichen Friedens setze. In der notwendigen Vereinfachung der Verwaltung solle der Handtage durch bessere Zulassung vorangehen. Er willte vor allen Dingen nicht die straffe der Regierung missbrauchen. Eingeschränkt werden müsse die Verzugsmaßnahmen in Reich und Ländern. Abschreckende Beispiele in dieser Beziehung bieten die Steuergesetzgebung und die Besoldungsordnung. Geplant werden können durch Vereinigung von Ministerien, Vereinfachung des Justizanwalts und der Arbeitsstellen. Beseitigung aller überflüssigen Schreibwerks und dergl. Falsche Spartamkeit sei es dagegen, Kulturaufgaben ledig zu lassen. Die Umgestaltung der Seminare werde zu einer teilweisen Neugestaltung des höheren Schulwesens führen. Sie werde sich hoffentlich unter wesentlichen Einsparungen durchführen lassen. Am ersten Ende sei es nötig, alle Schulen auf die Not der Zeit, die wirtschaftliche und spirituelle Not einzustellen. Das könnte leichteren auf Grund der Idee der Arbeit. Diese Idee solle helfen, das Volk für die Zukunft stark zu machen.

Der Ausdruck wird schließlich erledigt.

In längeren Beratungen beschäftigte man sich sodann mit der Frage der

Erhöhung der Besoldung der Kirchenmusikalischen Beamten.

wozu ein Gesuch des Bundesverbandes der Kirchenmusikalischen Beamten vorliegt. Der Finanzausschuss sieht durch seinen Berichterstatter, Oberstudienrat Siegert (Chemnitz) folgendes in: Der Ausdruck hält es im Hinblick auf die großen Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen für angezeigt, dem Gesuch nicht in diesem Sinne zu entsprechen, die Petition aber dem Kirchenregiment als Material zu überweisen. — Pfarrer Lindner (Markranstädt) wünscht, dass die Erhöhung der Kirchendienste nicht lediglich vom Kirchenvorstand, sondern von der Kirchenleitung in Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand erfolgen soll. — Pfarrer Krause (Arnstadt L. E.) befürwortet ephoraleweise Regelung.

Die Petition wird antragsgemäß erledigt.

In längeren Beratungen beschäftigte man sich sodann mit der Frage der

Erhöhung der Besoldung der Kirchenmusikalischen Beamten.

wozu ein Gesuch des Bundesverbandes der Kirchenmusikalischen Beamten vorliegt. Der Finanzausschuss sieht durch seinen Berichterstatter, Oberstudienrat Siegert (Chemnitz) folgendes in: Der Ausdruck hält es im Hinblick auf die großen Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen für angezeigt, dem Gesuch nicht in diesem Sinne zu entsprechen, die Petition aber dem Kirchenregiment als Material zu überweisen. — Pfarrer Lindner (Markranstädt) wünscht, dass die Erhöhung der Kirchendienste nicht lediglich vom Kirchenvorstand, sondern von der Kirchenleitung in Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand erfolgen soll. — Pfarrer Krause (Arnstadt L. E.) befürwortet ephoraleweise Regelung.

Ein langer Beratungsdurchgang ist der Gesuch der Kirchenmusikalischen Beamten,

wozu ein Gesuch des Bundesverbandes der Kirchenmusikalischen Beamten vorliegt. Der Finanzausschuss sieht durch seinen Berichterstatter, Oberstudienrat Siegert (Chemnitz) folgendes in: Der Ausdruck hält es im Hinblick auf die großen Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen für angezeigt, dem Gesuch nicht in diesem Sinne zu entsprechen, die Petition aber dem Kirchenregiment als Material zu überweisen. — Pfarrer Lindner (Markranstädt) wünscht, dass die Erhöhung der Kirchendienste nicht lediglich vom Kirchenvorstand, sondern von der Kirchenleitung in Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand erfolgen soll. — Pfarrer Krause (Arnstadt L. E.) befürwortet ephoraleweise Regelung.

Ein langer Beratungsdurchgang ist der Gesuch der Kirchenmusikalischen Beamten,

wozu ein Gesuch des Bundesverbandes der Kirchenmusikalischen Beamten vorliegt. Der Finanzausschuss sieht durch seinen Berichterstatter, Oberstudienrat Siegert (Chemnitz) folgendes in: Der Ausdruck hält es im Hinblick auf die großen Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen für angezeigt, dem Gesuch nicht in diesem Sinne zu entsprechen, die Petition aber dem Kirchenregiment als Material zu überweisen. — Pfarrer Lindner (Markranstädt) wünscht, dass die Erhöhung der Kirchendienste nicht lediglich vom Kirchenvorstand, sondern von der Kirchenleitung in Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand erfolgen soll. — Pfarrer Krause (Arnstadt L. E.) befürwortet ephoraleweise Regelung.

Ein langer Beratungsdurchgang ist der Gesuch der Kirchenmusikalischen Beamten,

wozu ein Gesuch des Bundesverbandes der Kirchenmusikalischen Beamten vorliegt. Der Finanzausschuss sieht durch seinen Berichterstatter, Oberstudienrat Siegert (Chemnitz) folgendes in: Der Ausdruck hält es im Hinblick auf die großen Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen für angezeigt, dem Gesuch nicht in diesem Sinne zu entsprechen, die Petition aber dem Kirchenregiment als Material zu überweisen. — Pfarrer Lindner (Markranstädt) wünscht, dass die Erhöhung der Kirchendienste nicht lediglich vom Kirchenvorstand, sondern von der Kirchenleitung in Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand erfolgen soll. — Pfarrer Krause (Arnstadt L. E.) befürwortet ephoraleweise Regelung.

Ein langer Beratungsdurchgang ist der Gesuch der Kirchenmusikalischen Beamten,

wozu ein Gesuch des Bundesverbandes der Kirchenmusikalischen Beamten vorliegt. Der Finanzausschuss sieht durch seinen Berichterstatter, Oberstudienrat Siegert (Chemnitz) folgendes in: Der Ausdruck hält es im Hinblick auf die großen Unterschiede in den verschiedenen Landesteilen für angezeigt, dem Gesuch nicht in diesem Sinne zu entsprechen, die Petition aber dem Kirchenregiment als Material zu überweisen. — Pfarrer Lindner (Markranstädt) wünscht, dass die Erhöhung der Kirchendienste nicht lediglich vom Kirchenvorstand, sondern von der Kirchenleitung in Einvernehmen mit dem Kirchenvorstand erfolgen soll. — Pfarrer Krause (

Börsen- und Handelsteil.

Gadens Arbeitsmarkt im Oktober 1921.

Die Weiterung der Tage des ländlichen Arbeitsmarktes sieht aus im Monat Oktober allgemein an. Die Zahl der von 68 größeren Arbeitssuchenden gemeldeten Arbeitssuchenden verringerte sich um 3726 auf 27415 (davon 17118 männliche und 10297 weibliche). Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg von 6602 im Monat September auf 7101 davon 4115 männliche und 2886 weibliche. Mit Ausnahme der Andeutungen der Steine und Erden und dem Fahrzeugs- und Genußmittelgewerbe verzeichneten sämtliche Berufsgruppen ein weiteres Sinken der Zahl der Arbeitssuchenden. Bei ausführlichen Beobachtungen der Arbeitsmarktlage kann immer nur festgestellt werden, daß es sich bei dem hohen Beschäftigungsgrad der Industrie um eine Schiechtlage handelt; die aus den Stützen der Mark und der damit erhöhten Ausbildungsmöglichkeit, sowie aus den Betrieben zurückzuführen ist, den heranwachsenden Lernerfolgen zuverzuführen. Dem Ende der Hochkonjunktur kann nur mit ernster Sorge entgegesehen werden. In der Landwirtschaft könnten noch 1919 im Sommermonat 15571 Vermittlungen verzeichnet werden. Dem Verlust wurden 274 (31) Arbeitskräfte abgeführt. Große Rückläufe der Zahl der Arbeitssuchenden folgten folgende Berufsgruppen: Die Metallindustrie von 3000 auf 2200, das Spinnstoffgewerbe von 3000 auf 2800, das Holz- und Schuhfachsgewerbe von 700 auf 300, das Bekleidungs- und Heimtextilgewerbe von 1100 auf 800, das Haushaltsgewerbe von 1500 auf 1300, freie Berufe von 1800 auf 1600 und die Angelernten, einschließlich der Fabrikarbeiter, von 15000 auf 13000. Das mittelständische Gewerbe von 1500 auf 1000 ist vornehmlich auf größere Entlassungen von Fabrikarbeitern zurückzuführen.

Verlagsanstalt der Börse zu Dresden. An Stelle des verstorbenen Herrn Richard Mitterndörfer wurde Herr Walter Julius Heller zum Vorstand, seiner Herr Bankdirektor Rohde als Stellvertretendes Mitglied angewählt.

Berliner Produktionsbörse vom 22. November. Der Geschäftsvorstand des heutigen Marktes war ruhig. Weizen war sowohl von Mecklenburg und Pommern, wie Hamburg und Bremen zu verhältnismäßig hohen Preisen zu kaufen. Aus der Provinz war etwas mehr angeboten. Rütt Roggen besteht Nachfrage seitens der Provinzmeilen und Händler, zum Teil zu Umlageszwecken. Die Preisforderungen lauten höher und wurden auch überwiegend verwirklicht. Werte für gleichfalls teile Geschäftslage und wurde verhältnismäßig in guten Qualitäten angeboten. Hafer ist in seinen Preisen teils durch die schon oben erwähnten nordischen Staaten von medienwirksamen und pommerschen Stationen, teils durch den hohen Maiswert getragen. Von Sachsen lag genugend Material vor, was weniger leicht unterkommen kann. Mais steht für das Wagnisverkehr wieder höher. Ein Rütt wird aus zweiter Hand nur leicht angeboten. Direkte Aufträge laufen hoch. Das Weißholz ebenso das der Kleie ist ruhig. Auch in Güteknoten hat sich nicht viel geändert. Gelände steht, doch fehlt Unterzeichnungszettel.

Berliner Produktionspreise. Preise für 10 Kilogramm (Mehl für 100 Kilogramm) an Station: Weizen, mifz 185—186, ten. Roggen, marktlicher 288—294, sey. Sonnergerste 285—300, sey. ten. Rütt 265—300, ten. Weizenmehl 970—1000, ten. Roggenmehl 780—800, ten. Weizenflocke 100—200, ten. Rüttflocke 185—200, ten. Raps 700—800, ten. Feinkunst 600—720, ten. Biskuit-Gebäck 400—500, Speise-Großen, kleine 380—420, Butter-Großen 320—350, Feinkuchen 300—350, Krapfen 270—280, Keksen 300—350, Lebkuchenkugel 170—180, Zunderkrapfen, vollwertig 200—250.

Berliner Kaufmännerpreise (mischmäßig) am 30. Oktober. Weizen und Roggenmehl, trockengekocht 31—35, Haferflocken, trockengekocht 10—15, Rütt, lang 31—35, Biesenbrot, gan, gefund und trocken, Rüttmehl 61—68, Biesenbrot, gefund und trocken 38—40, Rüttchen 115—125.

Erfolg ausländischer Wertpapiere. Nach einer Bekanntmachung des Reichsmünzamts für Niederausland werden folgende ausländische und österreichisch-ungarische Werte erneut: Ruman-Uralf (vorm. Ruman-Rosom Eisenbahn), Genußscheine. Grosspreisen Wernsdorf Anno 1919 Vofalbahn, Prioritätsaktien. Reichsberger — Balon; Tannenwalder Eisenbahn, Aktien. Reichenberger — Bouloni — Tannenwalder Eisenbahn, Prioritätsaktien. Slovansche Vofal-Eisenbahn-Gesellschaft, Prioritätsaktien. Slovansche Vofal-Eisenbahn-Gesellschaft, Aktien. Befrei. Vofalbahn, Genußscheine. Pfands. Teovarna Vofalbahn, Genußscheine. Teovarna Vofalbahn, Genußscheine. Budapester Gran-Ausländer Bahn, Genußscheine. Auslandsaktien von der Erzeugung sind Budapester Allgemeine Eisenbahn-Gesellschaft. Aktien. Szatmar-Bátony Bahn, Aktien. Prioritätsaktien und Genußscheine. Nagyszéki Vofal-Eisenbahn-Gesellschaft, Aktien. Société Lyonnaise pour les Établissements de Commerce, Aktien und Prioritätsaktien. Die Anmeldung und Abwicklung hat in der Zeit vom 21. November bis 10. Dezember 1921 bei der Stelle für ausländische Wertpapiere, Berlin, Postdamer Straße 122, zu erfolgen.

Bauerliche Hypotheken- und Wechselsankt. Die Binf beantragt eine Erhöhung des Grundkapitals von 100 auf 200 Millionen Mark durch Ausgabe von 800 neuen Stammaktien. Davon sollen durch ein Übernahme-Konsortium den Aktionären 37 Millionen Mark zum Kurs von mindestens unter 250 % angeboten werden, und zwar dafür, daß am zweiten Aktionär zu 1000 M. eine neue Aktie zu 100 M. oder auf sieben eine Aktie zu 500 Gulden bzw. neue Aktien zu 1000 M. entfallen. Der Rest der neuen Stammaktien soll dem Konsortium nicht unter 100 % zur freiwilligen Abgebung unter angemessener Vermittlungsermittlung der Bank überlassen werden. Das Konsortium der Kapitalübertragung wird der große Kreditbetrag und der stark erweiterte Geschäftsumfang der Bank angehören.

Simmermann-Werke, A.-G. in Chemnitz. Nach dem Verhandlungsbericht erstellte die Geschäftsführung im Geschäftsjahr 1920/21 einen Jahresumsatz von 1900450 M. 11847000 M. d. B. 29, wobei 1200000 M. in das Werterhaltungskonto und 245472 M. 11822190 Mark für Zuflüsse aus Reinvestitionen und Rewendung fließen sollten. Die mit 12 % auf 100 % auf das erhöhte Stammbasiskapital und mit 7 % auf 100 % auf die neuen Stammaktien in Boffingen gebotene Dividende erfordert insgesamt 2007440 M. 1100000 M. d. B. Der Auftragserfolg in kurzer Zeit allen Wechselseitigkeiten voll zuverleihet. Als ein sehr erträgliches Unternehmen hat sich der Simmermann-Club, die neue Personalausstattung durchsetzt, erwiesen, der ihm bereits eine Reihe leistungsfähiger Sozial-

arbeit (u. a. auch die Leipziger Blätter-Werke) für den Betrieb ihrer Erzeugnisse angeholt haben.

* **Aktiengesellschaft Lauschaer, Niesa.** Der Vorstand schreibt in seinem Jahresabschluß für 1920/21: Der größte Teil der Aktien der Gesellschaft wurde im vergangenen Jahre von den Biele-Hofmann-Werken, Dresden, erworben. Das Zusammengehen mit diesem großen Unternehmen hat sich bisher für uns und uns vorteilhaft gehalten und ist eine weitere günstige Wirkung für beide Unternehmungen aus dieser Verbindung zu erwarten. Das geschäftliche Ergebnis des Jahres kann im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden, trotzdem unsere Werke von schweren Sanktionen infolge Streiks betroffen wurden. Die zu Beginn des Jahres noch gute Geschäftslage verschlechterte sich später von Monat zu Monat. Die Erlöse für unsere Erzeugnisse gingen mehr und mehr zurück und erg. gegen Ende des Geschäftsjahrs machte sich wieder eine allgemeine Besserung der Marktlage bemerkbar, die uns gestattete, die Preise für unsere Habitate entsprechend den damals gesetzten Geschäftslagen zu erhöhen. Die Geschäftsbauten, Gehäuser und Wohnen erlitten in Folge der wirtschaftlichen Verhältnisse dauernd Steigerungen ebenso die Ausgaben für soziale Zwecke. Mit Wohnhäusern und Material zum Betrieb unserer Werke waren wir genügend versorgt; auch von technischen Schwierigkeiten, die größere Sanktionen oder Stilllegungen in den Betrieben bedingt hätten, blieben wir verschont. Die Preissteigerung aller Rohstoffe, Maschinen, Werkstoffsmaterialien usw., die weitere Ausdehnung unseres Geschäftsbetriebes, der Ausbau unserer Werke und die Errichtung von Wohnsätzen erforderten eine Vermehrung unseres Betriebskapitals. In der Hauptversammlung vom 10. März d. J. wurde deshalb beschlossen, das Aktienkapital von 25 auf 40 Millionen zu erhöhen und eine Anleihe von 30 Millionen Mark in Form von Schuldtitelverschreibungen aufzunehmen. Die neuen Aktien nehmen vom 1. Januar d. J. ab an der Dividende teil. Die Erhöhung des Aktienkapitals und die Ausgabe der Schuldtitelverschreibungen wurden im Laufe des Jahres durchgeführt. Der Ausbau und die Erneuerung unserer Werke wurden fortgesetzt und die technischen Einrichtungen aller Betriebe wurden vervollkommen. Die im Vorabreite in Betrieb genommene neue Kohlenstraße arbeitet voll. Die alte Kohlengrube ist abgebaut und der Betrieb eingestellt. Das laufende Jahr zeigt eine weitere Ausdehnung des Geschäfts. Wir sind mit Ausnahmen reichlich verfehlt. Die Aufkauftreize unserer Werke ist aber, wie die zukünftige Entwicklung des gesamten deutschen Wirtschaftslebens, von den innen- und außenpolitischen Lage abhängt. Nach Abrechnung der Abschreibungen von 39.575.882 M. (12.647.450 M. i. V.) und Bezahlung der vertraglichen Rentenmeile an die Vorstandsmitglieder, sowie der jahrgangsmaßen Aufsichtsratsbezüge steht ein Reinigewinn von 8.201.476 M. (5.197.072 M. i. V.) zur Verfügung, der wie folgt verteilt werden soll: 5.000.000 M. als 20 % Dividende für 26.000.000 M. alte Aktien (i. V. 20 % auf 19 Millionen Mark), 2.500.000 M. als 20 % Dividende für 25.000.000 M. neue Aktien für ein halbes Jahr (i. V. 10 % auf 6 Millionen Mark) und 701.476 M. als Vortrag auf neue Rechnung.

Kaufmänner Weißlachen Aktiengesellschaft in Breslau. Die Gesellschaft hat an eine Bankengruppe, bestehend aus dem Bankhaus Philipp Elmsäter, der Dresdner Bank und der Südböhmischen Staatsbank in Dresden eine 5 %ige, mit 100 % rückzahlbare und bis 1927 umzudrehende Anleihe im Betrage von 15.000.000 M. abzugeben, welche durch die genannten Firmen zu 100 % freihandig verkauft wird.

Bereinigte Papierfabriken in Bautzen. Die gehören im Bauen abgesehene außerordentliche Aktionsversammlung beschloß einstimmig und ohne Debate die beauftragte Erhöhung des Grundkapitals von bisher 8½ Millionen auf 12½ Millionen, die in der Weise durchgeführt wird, daß 4 Millionen Mark neue Stammaktien mit voller Dividende für 1920/21 und 250.000 M. neue Vorzugsaktien mit Dividende ab 1922 ausgegeben werden. Die Dresdner Bank übernimmt die neuen Vorzugsaktien, die übrigens den alten Vorzugsaktien völlig gleichgestellt sind, zum Kurswert, während an die neuen Stammaktien die Aktiounen ein Bezugsrecht eingeräumt wird in der Weise, daß zu 100 % auf zwei alte neue Aktie bezogen werden kann. Über die geschäftliche Lage konnte sich die Verwaltung recht günstig äußern. Die Entwicklung des Geschäftes im laufenden Jahre war bisher recht befriedigend.

Peniger Maschinenfabrik A.-G. in Penig. Der Aufsichtsrat schlägt 15 % + ½ Dividende vor, ebenso die Beforderrung des Vorstandes des Aktienkapiels. Das Kapital beträgt angesetzt 3 Millionen Mark Stammaktien und 0,3 Millionen Mark Vorzugsaktien.

Carl Bloch A.-G. in Berlin. Die seit dem Jahre 1852 bestehende Maschinenfabrik Carl Bloch, die u. a. hauptsächlich Aufzüge und Krananlagen herstellt, wurde vorgestern unter Mitwirkung der Firma J. Treu & Co., Berlin, in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Das Kapital der neuen Gesellschaft beträgt 15 Millionen Mark. Der Vorstand im Vorname der bisherige alleinige Inhaber, Kommerzienrat Dr. Ing. h. c. Carl Bloch, übernommen. Dem Aufsichtsrat gehören u. a. Fabrikbesitzer Carl Thiemke als Vorvorsitzender und Dr. Paul Wallath als stellvertretender Vorsitzender an. Die Aktien der Gesellschaft verbleiben ausschließlich im Besitz der Familie und einiger Freunde des Vorstehers.

Medizinalisches Warenhaus A.-G. in Berlin. In dem der ordentlichen Hauptversammlung vorgelegten Bericht des Vorstandes über das am 30. Juni d. J. beendete Geschäftsjahr 1920/21 heißt es: „Wir waren das ganze Jahr hindurch aufzudeckend bestellt. In den ersten vier Monaten des neuen Geschäftsjahrs hatten wir sowohl im Verkaufsgeschäft wie in unserer Eigenherstellung gut zu tun.“ Die Gesellschaft erzielte im abgelaufenen Jahre einen Betriebserfolg von 1.060.410 M. i. V. 802.802 M. d. J. der sich um den Vortrag mit 8137 M. (11.245 M. aus 1.065.545 M. 1920/21 M. 1.065.602 M. erhöht. Es erforderten Handlungskosten 1.216.162 M. 1.065.602 M. Handelsfonds (Berlin) 3.220 Mark (1.057 M.) und Abschreibungen wiederum 27.377 M. so daß ein Reingewinn von 304.758 M. (70.014 M.) verbleibt. Es wird vorgeschlagen, von diesem 12 % der 10 % Dividende mit 270.000 Mark an die Aktionäre zu verteilen, 20.000 M. an den Aufsichtsrat zu zahlen und 14.000 M. auf neue Rechnung vorzutragen. Die Hauptversammlung, in der 18 Aktionäre ein Kapital von 1.750.000 M. vereinbart, gesamtigte die Jahresrechnung für 1920/21 entsprechend den Anträgen der Verwaltung. Werner beschloß die Versammlung, das Grundkapital um 7 auf 10 Millionen Mark zu erhöhen. Erhöhung der Betriebsmittel zu erhöhen. Die neuen Aktien, die vom 1. Juli 1921 an an der Dividende teilnehmen, werden von der „Abdag“ Industrie und Handels A.-G. an 120 % mit der Verpflichtung übernommen, 1.000.000 M. davon den Hersteller einer Aktie ebenfalls zu 120 % im Verhältnis von 1 : 1 zum Brutto anzubieten.

Öhlinger Brauerei-Gesellschaft. Wie wohl auch das Jahr 1920/21 sehr schwere Anforderungen an den Betrieb stellt, ist der Vorstand laut Jahresabschluß doch in der Lage, eine Dividende,

von 7 % gleich 70 M. per Aktie in Vortrag zu bringen. Der Bruttogewinn inkl. Surtraz vom Vorjahr mit 17.457 M. beträgt 221.227 M. und soll wie folgt verwendet werden: Zu Aufzehrung 105.557 M. 7 % auf 1.250.000 M. Aktienkapital 37.500 M. für Rentenmeile an den Aufsichtsrat 4167 M. und als Vortrag auf neue Rechnung 24.004 M. Wie sich bis jetzt voraussichtlich 1921, glaubt der Vorstand auch für das neue Geschäftsjahr ein befriedigendes Ergebnis in Aussicht stellen zu können.

Großhändler Hochseefischerei A.-G. Der Aufsichtsrat beschließt, das zurzeit aus 15 Millionen Mark Stammaktien und 600.000 Mark Vorzugsaktien bestehende Kapital um 10 Millionen Mark Stammaktien, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1922, zu erhöhen. Von den jungen Aktien sollen 5 Millionen Mark den alten Stammaktionären zum Bezuge angeboten werden, während die übrigen 4 Millionen Mark zur Verfügung der Verwaltung stehen. Unter Zugrundeziehung des augenblicklichen Kurses und Salutaverhältnisses ist beachtet, die 5 Millionen Mark jungen Aktien den alten Aktionären zu 800 % anzubieten. Für das gesamte Aktienkapital soll in gegebener Zeit die Notierung an der Berliner Börse beantragt werden.

Aktienkasse Berliner Börse. Der Aufsichtsrat beschließt, der auf den 19. Dezember einzuberuhenden Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 % vorschlägen.

Zugabe eines Hochseefischerei A.-G. Der Aufsichtsrat beschließt, die aufgrund eines Mark Stammaktien und 600.000 Mark Vorzugsaktien bestehende Kapital um 10 Millionen Mark Stammaktien, dividendenberechtigt ab 1. Januar 1922, zu erhöhen. Von den jungen Aktien sollen 5 Millionen Mark den alten Stammaktionären zum Bezuge angeboten werden, während die übrigen 4 Millionen Mark zur Verfügung der Verwaltung stehen. Unter Zugrundeziehung des augenblicklichen Kurses und Salutaverhältnisses ist beachtet, die 5 Millionen Mark jungen Aktien den alten Aktionären zu 800 % anzubieten. Für das gesamte Aktienkapital soll in gegebener Zeit die Notierung an der Berliner Börse beantragt werden.

Aktienkasse Berliner Börse. Der Aufsichtsrat beschließt, der auf den 19. Dezember einzuberuhenden Hauptversammlung die Verteilung einer Dividende von 15 % vorschlägen. Die außerordentlich starke Steigerung des Aufzuges von bisher 1900% auf 3900% tritt bereits mit Wirkung vom 28. November in Kraft. Eine finanziell-politisch wie wirtschaftlich ungünstige Standpunkt ist diese beispiellose Inflation sicherlich geboten, denn dadurch ist es möglich, Vorkommnisse wie bei der letzten Erhöhung des Aufzuges am 20. Oktober zu vermeiden. Wie innerlich, würde damals die 14-tägige Spanne zwischen Befinnung und Kaufkosten in überreicher Blase dazu benutzt, um mögliche Waren noch zu einem niedrigeren Sache zu schaffen. Wenn also die bauliche Erhöhung der neuerlichen Erhöhung im allgemeinen Interesse liegt, so darf doch nicht übersehen werden, welche Nachteile sie eigentlich in Kraft gebrachte Maßnahmen für den einzelnen Geschäftsmann hat. Diese liegen vor allem darin, daß die Preisbildung des Kaufmanns, der auf den Auslandsbezug angewiesen ist, auf eine neue Basis gestellt werden muß. Auf welche Schwierigkeiten eine derartige Neuberechnung steht, erhebt insbesondere in dem Falle, daß bereits Biedermeile zu festen Preisen abschlossen worden sind. Dazu kommt, daß die neuerliche Erhöhung in einem ganz bedeutenden Maße erfolgt, das allerdings in der enormen Verschlechterung unserer Währung seit 20. Oktober keine Rechtfertigung findet. Diese starke Erhöhung trifft natürlich ebenso die verhinderten lediglich wirtschaftlichen Konsumartikel, wie die notwendigen Auslandsbedarf und ist infolge der Anlaß zu einer weiteren Erhöhung. Andererseits aber wäre es unverantwortlich, wenn durch die Möglichkeit, die Ausfuhrzölle in Papiermark zu entrichten, gewissermaßen eine Entwertungsrückende zu gewöhnen. Somit gibt auch die Reihe der Goldzollerleichterung ein Gleichgewicht unserer Salutaverhältnisse. Bekanntlich wurde erstmals durch das Gesetz über die Sanktion des Goldes in Gold vom 21. Juli 1919 der Ausdruck für die Zeit vom 1. bis 9. August 1919 auf 200% geändert; er wurde bereits am 10. August auf 275% erhöht. Für die Zeit vom 28. bis 29. November betrug er schon 275%. Am 1. Januar 1920 fand sich der Aufzettel auf 300%. vom Mai bis November 1920 trat eine Erhöhung auf 700% ein. Mit dem 10. November 1920 wurde jedoch der frühere Sarg von 200% wieder festgesetzt; dieser blieb bis zum 30. Oktober 1921 bestehen, um von diesem Tage ab bekanntlich um 1000% auf 1000% geändert zu werden. Der seit den letzten Wochen eingetretene enormen Wertverminderung unserer Währung glaubt nun das Reichsfinanzministerium durch eine 200%ige Erhöhung des Aufzuges gerecht werden zu können.

Zur Finanzierung in Rumänien. Nach dem Beschluss des Ministeriums vom 9. November vor. Dieser hat folgenden Wortlaut. Beabsichtigt Vermeidung der Spekulation in Zeit werden bis auf weiteres und provisorisch folgende Maßnahmen getroffen: Er wird den Banken für Rechnung ausländischer Häuser am Abend des 5. Nov. vorhanden gewesenen Betr. Depos, oder die noch trüglich entstehen werden, selbst wenn genannte Häuser bestreit in Rumänien haben, können bis zu neuen Dispositionen nicht den Gegenstand irgendeiner Transaktion bilden, als nur im Rahmen des nachstehend Angegebenen: Es dürfen Nebendarlehen dieser Depos durch Zahlungsaufträge, Akkreditive, Kontokorrentnungen, Checks jeder Art, Übertritte, Tratten, Überweisungen usw., selbst unter den verschiedenen Konti bei denselben Banken, ohne Bewilligung einer bei der Rumänischen National-Bank eingetragenen Überwachungs-Kommission nicht vorgenommen werden. Diese in Bucarest eingetragene Kommission besteht aus einem Delegierten der Regierung, einem Delegierten der Banken, welche zur Kompenationskasse gehören, und einem Delegierten der National-Bank. In der Provinz werden Kommissionen nach Bedarf auf derselben Grundlage eingesetzt werden. Die Kommission wird die Überweisung von Sond. nur dann bewilligen, wenn es sich um einen tatsächlich An- oder Verlauf von zur Ausfuhr und Einfuhr gehandelten Waren, oder wenn es sich um die Auszahlung einer Dienstleistung handelt, welche effektiv ausgeführt wurde. Um das Vorhandensein der oben angeführten Gründe zu beweisen, sind die Nebendarlehen-Konti sämtlich zuweisenden Akten und Dokumente seitens der Bank, welche den Überweisungsauftrag erhalten hat, oder seitens des Interessenten vorzulegen. Für Zahlungen, die den Betrag von 100.000 Lei monatlich aus ein und demselben Konto nicht übersteigen, oder für Zahlungsaufträge an im Lande akkreditierte auswärtige Missionen, welche das Geld zu ihrem Unterhalt benötigen, ist die Bewilligung der Kommission nicht erforderlich.

Roncuse, Zahlungseinstellungen usw. Anberaädiger: Adolf Freiherr Georg Schmarck, Hamburg. Kaufmann Carl Arthur Curt Kramer, Hamburg. Hartig & Co., Hamburg. Norddeutsche Tabak- u. Cigaretten-Gin- und Verkaufsgesellschaft m. b. H. Siettin.

Overpool, 22. November. Baumwolle, ähnlich 1330 Bales, davon amerikanische Baumwolle — Bales. Tiefen, Gemüse, American Bulin, middl. loco 11.3

Familien-nachrichten

Seit letzter Weihnacht hat beide zusammen nach einem arbeitsreichen, mit Freude geprägten Leben im Alter von 62 Jahren mein bester Mann, unter lieber, treuer Begleitung seiner Ehefrau, Schwiegertochter und Großtochter, ver-

Agl. Sch. Oehnemeyer

Herr Heinrich Curt Brühl,

Rittergutsbesitzer auf Übersbach.

Die zeigen ihm herzlichst an:

Ehe vom. Brühl geb. Schmitt,
Rittergutsbesitzer Curt Brühl und Frau Margarete geb. Brühl,
Rittergutsbesitzer Georg Schöns und Frau Maria geb. Brühl,
Rittergutsbesitzer Guido Schulte und Frau Kerte geb. Brühl,
Rittergutsbesitzer Ernst Brühl, Agl. Sch. Baumh. a. D.,
und Frau Hedda geb. Weisheit,
Rittergutsbesitzer Dr. Ulrich Schub und Frau Elisabeth geb. Brühl,
Gutsbesitzer Wolfgang Schmidt und Frau Johanna geb. Brühl
und zahlreiche Enkelkinder.

Übersbach, Freia Görlitz, den 11. November 1921.

Max-Wilhelmsburg, Kurf.-Märkische Str. 10, Dresden, Übersbach, Rittergut

1. Klasse und Gelegenheitsk. v. Sonnenzeit.

Die Beerdigung findet nächsten Dienstag, 10. nachm., von Schloss Übersbach aus statt.

Weihachtsfeier werden herzlich dankend abgelehnt.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Jungen zeigen in dankbarer Freude hierdurch an

Hermann Hartung
und Frau Margarete geb. Ostermaier.

Blasewitz-Dresden, 22. Nov. 1921.
Barthelemystr. 4.

Geschäftliche Familien-nachrichten.

Geburts: Dr. Max Körner, Ausseri. S. Berleb: Dr. Adolf Schleser m. Am. Dr. Demel, Dresden/Blasewitz; Friedl Engelhardt m. Max Schramm, Leibniz-Geboren. Vermählts: Kurt Böhme m. Else Berger, Dresden-Mitte, mit Wilhelm Pöhl m. Gertrud Blaum, Birne. Geburts: Hans Eichmann; Kurt Ullrich; Einzelsohn m. Henrike; Kindlich in Dresden - Friedl Handmann geb. Bessmann u. Augustecker Ernst Louis Bernhard, Dresden - Bruno Ernst Falbald, Oberrothenbach; Schenckendorff, Göttsche, Herm. Peter, Oberrothenbach; Wölke, Emil; Pöhl, Else Emil Schmidt, Weissenborn; Ernst Peter, Anna; Egon; Wölke, Maria Wackermann nez. Fuchs, Auer.

Dresdner Beerdigungs-Anstalten

Pietät und Heimkehr

Am Sonn. 28. Nov. 1921 Bautzner Str. 57 Tel. 2537, 3135, 3144 Tel. 2531.

Erd- und Feuerbestattungen Überführungen

auch mittels Kraftwagens.

Die Gesamtkosten betragen nach dem vom Rat festgesetzten Tarife der bester Ausführung:

Beerdigungen:

In Klasse 1 2 3 4 5
etwa 430,- 130,- 130,- 90,-

Feuerbestattungen:

etwa 420,- 150,- 120,- 90,-

Sparkasse für Beerdigungen - Beisetzung der Bezirkshauptmannschaft - Auskunfts- und Kostenanschläge unentbehrlich.

Eugen Loeber

Dreikönigskirche 1, Eing. Hauptstraße.

März- und Sonnen-

Bürolo - Apparate

und Kästchen.

Photographen

und Filmm. Aufnahmen

und Brillen

und Uhren

und Thermometer

Offenbacher Damenschleifen u. Uhrenmappen

Gramophon-

Stühle und -Schallen

Platten davon von 18,- an

Centen. Gläsern

Mondialen

Platten u. m.

Besonderer

und Besonderer

„Ein Sportfest im Stadion“

Bund Deutscher Radfahrer — Bezirkskartei Dresden.

Sonntag den 27. November 1921
im großen Saale. Ausstellungspalast: Eingang Stübel-Allee
Einlaß 3 Uhr — Beginn 4 Uhr.
Reitenfahren, Radball - Wettkämpfe, Ikarische
Spiele, Ringkämpfe, Boxkämpfe, Tombola, Tanz.
Vorverkauf: Faust & Beyer, König-Johann-Straße, Ecke Schielegasse,
Mk. 4,99 inkl. Steuer. — Res. Plätze in beschränkter Anzahl.

Konzertdirektion F. Ries (F. Pöhlner)

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Künstlerhaus

I. Sonaten-Abend

Kurt und Johannes **Striegler**

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kaufmannsschule (gr. Saal)

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende
bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende
bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

KONZERT Margarethe Thum

(Sang)

Musik aus dem 17. u. 18. Jahrhundert

Mitwirkung:

Anna P. Linde, Berlin, Cembalo,

John Amans, Flöte, Arthur Zenker, Cello

Karten: F. Ries, Seestraße 21, u. Abendkasse

Einzelkarten und Abonnements für 3 Abende

bei F. Ries, Seestraße 21, und Abendkasse

Heute Donnerstag, 7½ Uhr, Kärtnerhaus

<b



SOENNECKEN HEBELORDNER

Durch alle Schreibwarengeschäfte zu beziehen

Uhren-Verkauf.

2 größere Läden, an einem Werke laufend und für größeres Betrieb ab. Gute Kasse gezeichnet, zu verkaufen. Angeb. erbeten unter R. H. 64 an die Cyp. d. Bl.

HORAK

Schloßstraße 17, III Hauptgeschäft u. großes Geschäft ab 9-7 abends

Billiner Straße 55, Hauptstraße 34 und Billiner u. Großhering 18, 9-1 und 3-7

Beizenmehl 5⁵⁰

garantiert rein, hochwertig, Ware, 65% ausgemahlen.

Alle nicht die leicht wischbar im Handel befindliche minderwertige Qualität.

Garnier empf., ob meine Waren, Gemüse, Fleisch, Eier, Sülze, Kartoffeln, Mandeln, Schalen, Salaten, Brot, Käse, in Mühle, Paket 4,50. Geht kein Geldverlust, alle Waren sofort bezahlen und mitnehmen oder abholen lassen.

Grude-Sohs
beste Qualität aus den
Riebeck'schen Werken

Wir halten ständig großes Lager und sind daher in der Lage, jede Menge prompt nach allen Städten und Landen zu liefern.

August Krögis & Co.
Gerokstraße 5. Tel. 32810 u. 32811.

Antiquar. Bücher
und Zeitschriften
kauf:

Akad. Buchhandlung Dresdner, Platzmarktplatz, Fernsprecher 2411.

Gold-, Silber- und Platin-
Brillanten kauft von Händlern und Privaten.
J. Frenkel, Bautzner Str. 40, Uhren- und Goldwaren. Telefon 11354.

Damenzimmereinrichtung (Galon)
möglichst aus Preiswürdigem kaufen gefordert. Gute, umgehende Angebote mit genauer Angabe der vorhandenen Möbelstücke, der Sil- und Holzart, des Stoffes, jeweils des Jahres der Herstellung und des Preises erbeten an Dr. Friedrich Preu, Greifberg 1, Görlitz.

Achtung!
Es gibt in
Dresden nur einen

Pimsler
der kann allerhand
Brillanten

Möllers, Ohrringe, Ringe,
Uhren, Ketten, Weißgold,
einzelne Jähre, Platin,
Ring, Güte

**Gold- und
Silber-**
Gegenstände aller Art
Schmucksachen
Münzen, Altpfennigen, Porzellan, best. Modelle

**Perser-Teppiche
und Brücken**

Pimsler 27
Geldkassenscheine
Sagen Sie genau
an Name und Nr.
Tel. 22136
Bitte überzeugen Sie sich!

**Perserteppiche
und Brücken**
jeder Art, auch defekte.
Gef. Angebote unter Qu. R. 53 Exped. d. Bl.

Echten antiken Gobelin
und einen gut erhaltenen
Aubousson - Teppich

zu kaufen gefordert. Alleinige Angebote mit genauer Beschreibung, Größe und Preisangabe, u. R. G. 66 Cyp. d. Bl.

Spart das Geld für die teuren Kohlen,
kaufst bedeutend billigeren Steinkohlenflamm!
Meine alte Gas- und Ölheizung ist seit Mittwoch den 23. 11. d. J. wieder erhöht und wird jedes Quantum an der Höhe, sowie auf meinem Lagerplatz abgegeben.

Alwin Held,
Dresden-N., Königstraße 12, 1. Telefon 15243.

Stellenmarkt

102 Schreib-

maschinen, Segnes, Schreib-

handschriften, Schreib-

schule, Schreibkunst, Schreib-

technik, Schreibkunst, Schreib-